

N i e d e r s c h r i f t

der 18. Sitzung des Stadtrates am 25.01.2006

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal
Markplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 14:00 Uhr bis 19.05 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler		
Herr Harald Bartl	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Milad El-Khalil	CDU	
Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Thomas Godenrath	CDU	
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Herr Oliver Christoph Klaus	CDU	ab 16.00 Uhr bis Ende
Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herrn Gernot Töpfer	CDU	
Frau Isa Weiß	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	Die Linkspartei. PDS	
Frau Ute Haupt	Die Linkspartei. PDS	
Herr Hendrik Lange	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Bodo Meerheim	Die Linkspartei. PDS	
Frau Elisabeth Nagel	Die Linkspartei. PDS	
Herr Erhard Preuk	Die Linkspartei. PDS	
Herr Hans-Jürgen Schiller	Die Linkspartei. PDS	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	Die Linkspartei. PDS	
Herr Rudenz Schramm	Die Linkspartei. PDS	ab 14.20 Uhr bis Ende
Frau Dr. Petra Sitte	Die Linkspartei. PDS	
Frau Heidrun Tannenberg	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Mohamed Yousif	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD	
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	ab 14.15 Uhr bis Ende
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	ab 17.10 Uhr bis Ende
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	anwesend bis 17:45 Uhr
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Michael Zeidler	SPD	
Herr Andreas Hajek	FDP	
Herr Heinz Maluch	GRAUE	
Herr Friedemann Scholze	FDP	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE	ab 14.15 Uhr bis Ende
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Prof. Ludwig Ehrler	MitBürger	
Frau Dr. Gesine Haerting	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR HALLE.	ab 14.50 Uhr bis Ende
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	

Herr Dietmar Weirich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ab 14.30 Uhr bis Ende
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Tom Wolter	MitBürger	ab 15.15 Uhr bis Ende
Frau Andrea Machleid	NPD	
Herr Eberhard Doege	BG	
Herr Egbert Geier	BG	
Frau Dagmar Szabados	Bgm	

Entschuldigt fehlen:

Herr Martin Bauersfeld	CDU
Herr Uwe Heft	Die Linkspartei. PDS
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	Die Linkspartei. PDS
Herr Dr. Bodo Meerheim	Die Linkspartei. PDS
Frau Dr. Petra Sitte	Die Linkspartei. PDS
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD
Herr Manfred Schuster	GRAUE
Frau Thea Ilse	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Joachim Knauerhase	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG
Herr Dr. Thomas Pohlack	BG

zu **Einwohnerfragestunde**

Wortprotokoll:

Die Einwohnerfragestunde wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald **B a r t l**.

Frau **Nicola Pankratz** hatte folgende Fragen:

1. Warum bezeichnet die Stadt Halle den Bereich Hochweg/Delitzscher Straße als Mischgebiet, obwohl sich dort kein Gewerbe mehr befindet?
2. Ein neues EFH ist auf einem ehemaligen Abrissgelände genehmigt worden. Warum entscheidet die Stadt Halle jetzt anders als 2003?
3. Warum bekennt sich die Stadt nicht zu Planungsfehlern?
4. Weshalb wird die in den Hochweg einmündende Guido-Kisch-Straße als nunmehr einzige Zuweg für die gesamte Kleingartenanlage, das Wohngrundstück im Hochweg und für den gesamten Personenverkehr aus den Neubaugebieten nicht befestigt?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, dass ihr schriftlich geantwortet wird.

Herr Helmut **Gobsch** bezog sich auf einen Artikel in der Mitteldeutschen Zeitung betreffend Müllverbrennungsanlage Lochau. Er habe auch schon per Mail dazu Fragen an Frau Oberbürgermeisterin Häußler gestellt.

Seine heutige Frage ist:

Wenn der Vertrag nicht eingehalten wird, wird dann die Stadt von diesem zurücktreten?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** informierte, dass der Stadt bis jetzt keine weiteren Erkenntnis vorliegen, als das, was man öffentlich in der Zeitung lesen konnte. Unser Vertragspartner sei dabei, das Genehmigungsverfahren zu Ende zu führen. Sie habe keine Handlungsgrundlage, um über Vertragsrückführung zu sprechen.

Herr **Gobsch** sagte, dass er mit dem Geschäftsführer, Herrn Moll gesprochen habe. Es gebe noch Fragen zur Finanzierung und zum Grundstück. 2008 soll die Müllverbrennungsanlage kommen. Die Baugenehmigung und die Betriebsgenehmigung liegen noch nicht vor, so dass die Anlage nicht betrieben werden könnte.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** führte aus, dass sie sich persönlich von den dargelegten Informationen überzeugen möchte und dies von den Vertragspartnern so bestätigt wird. Im Moment liege es so nicht vor, so dass sie davon ausgehe, dass die Müllverbrennungsanlage gebaut werde.

Herr Klaus **Schlafke** sprach die Änderung von Straßennamen an.

Er fragte, warum die Puschkinstraße, in Kardinal-Albrecht-Straße geändert wurde und warum der Straßename Emil-Abderhalden-Straße nicht geändert würde. Hierzu bezog er sich auf das Leben der benannten Personen.

Er schlug Namen zur Benennung vor Straßen vor, welche es in Halle noch nicht gäbe.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, dass eine Umbenennung von Straßennamen viele Kosten und Schwierigkeiten nach sich ziehen würde. Sie schlug vor, dass er seine Namensliste an den Kulturausschuss herantragen solle. Dort gibt es eine Liste von möglichen Kandidaten für die Benennung von neuen Straßen, wo abgewogen wird, welcher Name in einem der nächsten Verfahren aufgenommen werden kann.

Frau Sylke **Seelig-Hinsche** bezog sich auf den TOP 5.3, hier Umzug der Grundschule Kanena nach Reideburg. Sie bezog sich auf die ungeklärten Fragen in den Ausschüssen betreffend Schulbus der Hortkinder. Ihre Bitte bezog sich darauf, dass die Kinder direkt vom Wohnort zur Schule gefahren werden und dass die Hortkinder betreut werden zwischen Schule und Hort.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** bat, das Ergebnis der Diskussion zur Tagesordnung abzuwarten. Wenn so ein Ergebnis herauskommen sollte, wird versucht, sich diesen Dingen anzunehmen.

Herr Armand **Loewe-Fürstenberg** gab Informationen zu neuen Verfahren von Müllverbrennungsanlagen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte, dass es nicht möglich sein wird, was die Richtung der Entscheidung der Müllverbrennungsanlage angehe. Man sei im Verfahren weit fortgeschritten. Sie schlug ihm vor, mit dem FB Umweltamt einen Termin zu vereinbaren.

Herr **Kauzius** fragte nach dem Müll am Eingang zum Stadthaus. Weiterhin verwies er auf falsch ausgewiesene Termine des Stadtmarketings und auf Fehler im Kulturfalter zur 1200-Jahr-Feier.

Zum TOP 5.2, Denkmal Montagsdemonstrationen, brachte er seine Bedenken zur Kostenanalyse zum Ausdruck.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** bat ihn, seine noch offenen Fragen schriftlich einzureichen und man werde diese beantworten. Zum Müll am Eingang des Stadthauses sagte sie, hier habe jeder selber eine Verantwortung, dass Papier mal aufzuheben und in den Papierkorb zu stecken. Betreffend Termin Stadtmarketing müsse man prüfen, welche Gründe dahinter stehen. Zu Fehlern im Kulturfalter ist man dankbar für jeden Hinweis. Sie wird das prüfen. Zur Kostenfrage Denkmal Montagsdemonstration schlug sie vor, diese noch mal zu diskutieren. Betreffend den Standort, solle er seine Vorschläge einreichen.

Frau Dr. Martina **Emsel** fragte, nach welchen Kriterien, Zeitrahmen und Zuverlässigkeit Entscheidungen zur Schulentwicklungsplanung konkret für den halleschen Osten getroffen werden.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte, dass diese Fragen sich nicht ohne weiteres lösen lassen und verwies auf die heute Diskussion zum TOP 5.3. Da wird man sehen, wie das Ergebnis sein wird und dann müsste man sich damit noch mal auseinandersetzen.

Frau Helga **Noffke**, bedankte sich im Namen der Anwohner für die schnelle Ausführung der Reparatur des Fußgängerweges in der Trothaer Straße.

Herr Lutz **Schwerdtfeger** fragte, wie es mit dem Eigentum der derzeitigen Garagengemeinschaft Halle-Neustadt weitergehe.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** informierte darüber, dass eine Vorlage erarbeitet und im 1. Quartal 2006 dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Die Garagengemeinschaften werden dann direkt von der Stadtverwaltung informiert.

Frau Annette **Friedrich** machte darauf aufmerksam, da noch viele Faktoren bei der Schulentwicklungsplanung offen seien, ob es da nicht sinnvoll wäre, alles so zu belassen, wie es ist.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** führte aus, wenn das der Weg wäre, würde Halle so bleiben wie es heute ist. Das sei keine tragfähige Entscheidung für die Zukunft. Man muss Entscheidungen treffen, die auch für Einzelne nachteilig sind. Die Gelder müsse man auf die Schulen konzentrieren, die die Standorte der Zukunft sein sollen. Sie verwies auch hier auf die Diskussion zu TOP 5.3.

Frau Kristin **Kopiera** sprach ebenfalls den TOP 5.3 – Schulentwicklungsplanung – an. Warum wird die Grundschule Büschdorf mit der Grundschule Kanena/Reideburg in einem Jahr zusammengeführt, obwohl diese sich in einem baufälligen Zustand befinde. Im mittelfristigen Schulentwicklungsplan solle diese Schule einen Aufschub zur Sanierung bekommen.

Woher kommen die 1,2 Mio Euro, die für die Investition in Kanena veranschlagt werden?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, dass die Verwaltung mit ZGM über die Gelder beraten habe, um die Schule in den Zustand der vorübergehenden Nutzung zu versetzen. Hierzu gäbe es Auflagen. Warum wir es nicht so machen, wie es von der Verwaltung vorgeschlagen wird, diese Frage müssen sie an die Stadträte richten.

Weitere Fragen wurden nicht gestellt.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** informierte, dass Herr **Dr. Pohlack**, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, wegen Urlaub und Herr **Dr. Marquardt**, Beigeordneter für Kultur und Bildung, wegen Erkrankung heute nicht anwesend sein können.

Herr **Bartl** stellte den neuen Fraktionsvorsitzenden der Fraktionsgemeinschaft WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, Herrn **Weiland**, und die Stellvertreterinnen Frau **Prof. Vent** und Frau **Ilse** vor.

Der neue Beigeordnete für den Zentralen Service, Herr Egbert **Geier**, wurde **vereidigt**.

Die 18. öffentliche Tagung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald **Bartl**.
Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.
Gegenwärtig seien 45 Mitglieder des Stadtrates (78,95 %) anwesend.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Wortprotokoll:

Herr **Bartl**, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass von der Tagesordnung folgende Vorlage **abzusetzen** sei:

TOP 8.8. *Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld, Fraktion der CDU, bezüglich der Situation Hermes-Areal*
Vorlage: IV/2006/05547

Auf die Tagesordnung seien die Dringlichkeitsvorlagen:

TOP 5.7 Änderung der Hauptsatzung

Vorlage: IV/2006/05565

**TOP 5.7.1 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Dringlichkeitsvorlage
- Änderung der Hauptsatzung -**

Vorlage: IV/2006/05580

zu setzen.

Auf die Frage von Herrn Bartl, ob es zur der Einbringung der Dringlichkeitsvorlage Bemerkungen gäbe, bat Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** den Stadtrat, diese heute auf die Tagesordnung zu setzen, da eine Verfügung vom Landesverwaltungsamt mit Frist zur Veränderung bis zum 6.2.2006 vorliege. Da bis zu diesem Zeitpunkt keine Stadtratsitzung sei, bestehe nur heute die Möglichkeit zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig z u g e s t i m m t

Weiterhin waren folgende Dringlichkeitsanträge auf die Tagesordnung zu setzen:

**TOP 7.9 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
MitBürger zur Umbesetzung von Ausschüssen**

Vorlage: IV/2006/05578

Abstimmungsergebnis:

einstimmig z u g e s t i m m t

**TOP 7.10 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
MitBürger zur Umbesetzung eines Mitgliedes der Fraktion im
Finanzausschuss**

Vorlage: IV/2006/05579

Herr **Bönisch**, Fraktion der CDU, fragte, ob es vom Verfahren her möglich sei, die Umsetzung heute zu veranlassen, wenn der Herr Wolter noch gar nicht Stadtrat sei.

Herr **Bartl** antwortet, dass der Dringlichkeitsantrag erst am Ende der Beschlussvorlagen beraten wird. Vorher werde die Vorlage unter TOP 5.1 – Niederlegung eines Mandates und Nachrücken des nächstfestgestellten Bewerbers (Vorlage: IV/2006/5557) behandelt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig z u g e s t i m m t

Änderungen bzw. Ergänzungen gab es zu folgender Vorlage:

TOP 5.2 Realisierung des Denkmals zur Erinnerung an die Montagsdemonstrationen 1989

Vorlage: IV/2005/05440

Herr **Bartl** informierte, dass zu diesem TOP die Künstler Herr **Reichenbach** und Herr **Traub** anwesend sein werden, um ihre Werke vorzustellen. Er bat die Anwesenden, um Zustimmung, dass sie dazu Rederecht erhalten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig z u g e s t i m m t

Folgende Änderungsanträge lagen vor:

TOP 5.3.1 Änderungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger zur Beschlussvorlage: Fortschreibung und Präzisierung des Mittelfristigen Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 – für das Schuljahr 2006/07

Vorlage: IV/2006/05582

TOP 5.3.2 Änderungsantrag des Bildungsausschusses zur Fortschreibung und Präzisierung des Mittelfristigen Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 – für das Schuljahr 2006/07

Vorlage: IV/2005/05468

TOP 7.6 Bericht zum „Antrag – Die Linkspartei. PDS-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Bericht der Oberbürgermeisterin zum Neubau der Kindertagesstätte „Kinderland“

Vorlage: IV/2006/05541

Der **TOP 8.2 Anfrage des Stadtrates Uwe Heft – Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) – zur Vergabe öffentlicher Aufträge – Zusatzeinnahmen durch Nachträge**

Vorlage: IV/2005/05526

wurde in den **nichtöffentlichen Teil** unter **TOP 6.1. verschoben**, da hier Firmen genannt sind.

Frau **Wolff**, NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, stellte den Antrag, dass die **TOP 7.8** und **8.1** gemeinsam behandelt werden.

Herr **Bönisch**, Fraktion der CDU, stimmte dem zu.

Abstimmungsergebnis
zur Tagesordnung:

(einschl. Änderungen)

einstimmig z u g e s t i m m t

Damit wurde folgende **T a g e s o r d n u n g** festgestellt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Feststellung der Tagesordnung**
3. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.12.2005**
4. **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 14.12.2005 gefassten Beschlüsse**
5. **Vorlagen**
 - 5.1. **Niederlegung eines Mandates und Nachrücken des nächstfestgestellten Bewerbers**
Vorlage: IV/2006/05557
 - 5.2. **Realisierung des Denkmals zur Erinnerung an die Montagsdemonstrationen 1989**
Vorlage: IV/2005/05440
 - 5.3. **Fortschreibung und Präzisierung des mittelfristigen Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2006/07**
Vorlage: IV/2005/05182
 - 5.3.1. **Änderungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Beschlussvorlage: Fortschreibung und Präzisierung des mittelfristigen Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/2005 bis 2008/2009 - für das Schuljahr 2006/2007 (Vorlagen-Nummer: IV/2005/05182)**
Vorlage: IV/2006/05582
 - 5.3.2. **Änderungsantrag des Bildungsausschusses zur Fortschreibung und Präzisierung des Mittelfristigen Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2006/07**
Vorlage: IV/2005/05468
 - 5.4. **Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2003/2004 für das Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater Halle**
Vorlage: IV/2005/05129
 - 5.5. **Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2005/2006 für das Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater Halle**
Vorlage: IV/2005/04983
 - 5.6. **Jahresabschluss des Wirtschaftsjahres 2004 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) - EfA**
Vorlage: IV/2005/05463

- 5.7. Änderung der Hauptsatzung**
Vorlage: IV/2006/05565
- 5.7.1. Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Dringlichkeitsvorlage - Änderung der Hauptsatzung (Nr. IV/2006/05565)**
Vorlage: IV/2006/05580
- 6. Wiedervorlage**
- 7. Anträge von Fraktionen und Stadträten**
- 7.1. Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Umbesetzung eines Mitgliedes der Fraktion im Hauptausschuss**
Vorlage: IV/2006/05548
- 7.2. Antrag des Stadtrates Mathias Weiland - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Bereitstellung der Haushaltssatzung, des Haushaltsplanes und der Anlagen in digitaler Form**
Vorlage: IV/2006/05545
- 7.3. Antrag der Stadträtin Dr. Gesine Haerting - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Darstellung freier Kinderbetreuungskapazitäten auf der Homepage der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2006/05550
- 7.4. Antrag des Stadtrates Wolfgang Kupke - CDU - Einrichtung einer Jugendbibliothek in der Kulturinsel**
Vorlage: IV/2005/05506
- 7.5. Antrag des Stadtrates Bernhard Bönisch - CDU - zur Öffnung der Schulsporthallen über den Jahreswechsel**
Vorlage: IV/2006/05554
- 7.6. Antrag - Die Linkspartei. PDS-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Bericht der Oberbürgermeisterin zum Neubau der Kindertagesstätte "Kinderland"**
Vorlage: IV/2006/05551
- 7.7. Antrag des Stadtrates Uwe Heft - Die Linkspartei. PDS-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zur Aufstellung von Kriterien zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit von Angeboten Dritter für die Vergabe öffentlicher Aufträge der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2005/05525
- 7.8. Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost**
Vorlage: IV/2006/05541
- 7.9. Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Umbesetzung von Ausschüssen**
Vorlage: IV/2006/05578
- 7.10. Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Umbesetzung eines Mitgliedes der Fraktion im Finanzausschuss**
Vorlage: IV/2006/05579

8. Anfragen von Stadträten

- 8.1. **Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Planfeststellungsverfahren für den geplanten Neubau der Haupteinfahrtsstraße Gewerbegebiet Halle/Ost Bauabschnitt 3b, Kanenaer Weg- Grenzstraße/Delitzscher Straße**

Vorlage: IV/2006/05540

- 8.2. *Anfrage des Stadtrates Uwe Heft – Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Vergabe öffentlicher Aufträge – Zusatzeinnahmen durch Nachträge*

Vorlage: IV/2005/05526

verschoben in nichtöffentlichen Teil unter TOP 6.1

- 8.3. **Anfrage des Stadtrates Uwe Heft - Die Linkspartei . PDS-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zur Militarisierung der Region Halle-Leipzig**

Vorlage: IV/2006/05553

- 8.4. **Anfrage des Stadtrates Dr. Erwin Bartsch - Die Linkspartei. PDS-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zum "Zentrum für zeitgenössische Kultur" in Halle-Neustadt**

Vorlage: IV/2006/05539

- 8.5. **Anfrage der CDU-Fraktion zur Kegelsportanlage "Paradies"**

Vorlage: IV/2006/05555

- 8.6. **Anfrage der CDU-Fraktion zur Verwendung der Kennzahlen aus dem Städtevergleich**

Vorlage: IV/2006/05556

- 8.7. **Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - bezüglich des Gutachtens über Graf Luckner**

Vorlage: IV/2006/05546

- 8.8. *Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - bezüglich der Situation Hermes-Areal*

Vorlage: IV/2006/05547

verschoben auf Februar 2006

- 8.9. **Anfrage der Stadträtin Dr. Gesine Haerting - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Besetzung von Personalstellen im FB Grünflächen**

Vorlage: IV/2006/05552

- 8.10. **Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Erhebung der Zweitwohnungssteuer in Halle (Saale)**

Vorlage: IV/2006/05544

- 8.11. **Anfrage der Stadträtin Dr. Gesine Haerting - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zum fehlenden Radstreifen in der Raffineriestraße**

Vorlage: IV/2006/05549

9. mündliche Anfragen von Stadträten

10. Mitteilungen

11. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.12.2005

Wortprotokoll:

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 17. öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 14.12.2005.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Die Mitglieder des Stadtrates genehmigten die Niederschrift der 17. öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 14.12.2005 in der vorliegenden Fassung.

zu 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 14.12.2005 gefassten Beschlüsse

Wortprotokoll:

Der Vorsitzende des Stadtrates gab den Inhalt der in nichtöffentlicher Sitzung am 14.12.2005 gefassten Beschlüsse zur Kenntnis.

zu 5 Vorlagen

**zu 5.1 Niederlegung eines Mandates und Nachrücken des nächstfestgestellten Bewerbers
Vorlage: IV/2006/05557**

Wortprotokoll:

.....
Herr **Misch**, Fraktion der CDU, widersprach Tonaufnahmen.
.....

Herr **Bartl**, Vorsitzender des Stadtrates, verabschiedete Frau **Dr. Mahn**, Fraktion WIR. FÜR HALLE - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN- Mitbürger, und bedankte sich für die geleistete Arbeit.

Frau **Dr. Mahn** brachte zum Ausdruck, dass sie gern im Stadtrat gearbeitet hätte und wünschte diesem viel Erfolg in der weiteren Arbeit.

Weiterhin gab er bekannt, dass Herr Tom Wolter der nächstfestgestellte Bewerber ist und schriftlich mitgeteilt hat, dass er die Wahl annimmt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat stellt fest, dass Frau Dr. Eva Mahn, Universitätsring 10, 06108 Halle (Saale), gemäß § 41 (1) GO LSA ihr Mandat mit Wirkung vom 25.01.2006 niedergelegt hat.

Für sie rückt Herr Tom Wolter, Hoher Weg 15, 06120 Halle (Saale), nach.

Herr **Bartl** nahm die eidesstattliche Verpflichtung des nächstfestgestellten Bewerbers, Herrn Tom **Wolter**, vor. Dieser nahm dann seinen Platz im Stadtrat ein.

**zu 5.2 Realisierung des Denkmals zur Erinnerung an die
Montagsdemonstrationen 1989
Vorlage: IV/2005/05440**

Wortprotokoll:

Herr **Bartl**, Vorsitzender des Stadtrates begrüßte die Künstler Herr Reichenbach und Herr Traub und bat, ihre Projekte zunächst jeweils einzeln vorzustellen und dann den 3. gemeinsamen Entwurf.

Als erster stellte **Herr Traub** sein Projekt (1. Entwurf) vor und dann **Herr Reichenbach** (2. Entwurf). Dieser ging über zum gemeinsamen 3. Entwurf.

Herr **Godenrath**, Fraktion der CDU, brachte in Erinnerung, dass dieser Antrag vor fünf Jahren im Stadtrat eingebracht wurde und dies für ihn heute ein besonderer Moment sei.

Herr **Dr. Wöllenweber**, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, sagte, dass er Jurymitglied sei und betonte, wie schwierig es sei, Kunst zu demokratisieren. Er sehe aus der heutigen Zeit, dass etwas Verklärendes in die damalige Situation käme. Erst hatten die Menschen Angst, dann Mut und Erleichterung. Hochfliegende Träume hatten die Menschen damals nicht. Er sehe eine Überfrachtung von Denkmälern und stimme daher der 1. Variante mit den Bodenplatten zu.

Herr **Prof. Ehrler**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, interpretierte die Einrichtung der Promenade. Hier sei der Stadt eine wunderbare Gestaltung gelungen. Mit der Doppelung der Varianten und der bereits vorhandenen künstlerischen Gestaltung der Straße vor dem Gericht geschehe eine Überladung des Effektes. Er rät deshalb vor der Entscheidung für die 3. Variante ab.

Herr **Dr. Fikentscher**, Fraktion der SPD, stellte dem entgegen, dass die Jury sich richtig für die 3. Variante entschieden habe. Kunst entziehe sich dem demokratischen Prozess. Die Stadt hat, weil sie es wolle, die Künstler beauftragt, ein Kunstwerk zu entwerfen. Wir können auswählen aus den Kunstwerken, aber daran ändern können wir nicht.

Frau **Wolff**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, äußerte, dass sie emotional bewegt sei und sie hoffe, dass es mit den Entwürfen zu einer Umsetzung komme. Im Kulturausschuss sei sie für die Doppelung der Varianten gewesen, aber nach den Worten von Herrn **Prof. Ehrler** betreffend Überladung stimme sie nur der bodenständigen 1. Variante zu.

Frau Prof. **Vent**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, brachte zum Ausdruck, dass, wenn man sich für zwei Entwürfe in einer Variante entscheide, dies ein Zeichen von Unsicherheit sei. Der städtische Raum sei wenig bedacht worden und es sollte der Gestaltungsbeirat einbezogen werden. Die Entscheidung sollte deshalb vertagt werden. Sie sei für die Lösung mit nur einer Variante.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** äußerte, dass sie es nicht für gut hielte, dies dem Gestaltungsbeirat zu übertragen. Man könne dies nicht auf außen stehende Personen übertragen, die aus rein Stadtentwicklungs- und Stadtgestaltungssicht beurteilen würden. Der ausgewählte Platz habe einen symbolischen Wert. Man solle doch heute eine Entscheidung treffen.

Frau Prof. **Vent** entgegnete, dass dies der richtige Ort sei. Die Stadt habe aber den Anspruch, Kulturhauptstadt zu sein und das Maximale für unsere Straßen und Denkmäler zu tun. Das Eine könne das Andere unmöglich ausschließen.

Frau **Wolff** sagte, sie würde es nicht gut finden, den Gestaltungsbeirat einzubeziehen. An dem Ort könne man nicht rütteln, weil man hierzu einen Bezug habe. Es gäbe nur eine von den drei Varianten.

Herr **Prof. Schuh**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, bemerkte, dass er der Meinung von Herrn Dr. Fikentscher beipflichte. Er sei für den Einsatz der Kombination.

Herr **El-Khalil**, Fraktion der CDU, betonte, dass das Denkmal erinnern solle. Erinnert werden sollten nicht nur die, die damals daran teilgenommen haben, sondern auch unsere Kinder und Enkelkinder. Als Außenstehender kann er die Spannung nachvollziehen, wie das Land befreit wurde. Der Stadtrat sollte die 3. Variante beschließen.

Herr **Prof. Ehrler** wies darauf hin, dass dies inhaltlich verständlich sei. Aber es sage nichts über den Platz aus. Das Kunstwerk müsse eingeordnet sein ins Stadtbild.

Herr **Krause**, Fraktion der SPD, brachte zum Ausdruck, dass nicht die Frage nach dem Ort heute hier entschieden werde. Die Künstler mögen sich noch einmal dazu äußern, was sie bewegt habe, die Anordnung an diesem Ort so zu gestalten. Der Stadtrat müsse jetzt zu einer Abstimmung und Entscheidung kommen, da in den Ausschüssen und Foren darüber ausreichend diskutiert wurde.

Herr **Bönisch**, Fraktion der CDU, stellte einen **Geschäftsordnungsantrag** und bat für die CDU-Fraktion um eine **Auszeit**.

Abstimmungsergebnis:
(für eine Auszeit von 5 Minuten)

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Herr **Bartl** sagte, dass drei Varianten vorgestellt wurden und eine Empfehlung des Kulturausschusses, die beiden Varianten zu vereinen, liege auch vor. Er bat um Abstimmung.

Herr **Wehrich**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, machte einen Antrag zum Verfahren, dass alle drei Vorschläge einzeln und hintereinander abgestimmt werden sollen und die Variante mit den meisten Stimmen realisiert werde.

Herr **Bönisch** widersprach Herrn **Wehrich** und sagte, dass bei den Abstimmungen mit Ja oder Nein laut Geschäftsordnung bzw. Gemeindeordnung entschieden werden müsse.

Herr **Wehrich** fügte ein, dass erst über den Beschlussvorschlag abgestimmt werden müsse, was Herr **Bönisch** bestätigte.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** betonte, dass das Verfahren klar sei. Der Kulturausschuss sei der einzige Ausschuss, welcher sich mit der Frage befasst habe. Es wurde eine klare Empfehlung an den Stadtrat gegeben, über die 3. Variante, Zusammenführung der 1. und 2. Variante, abzustimmen. Wenn dieser keine Mehrheit finden würde, dann sei die 1. und 2. Variante heranzuziehen.

Herr **Bönisch** sagte, dass zwei Abstimmungen gebraucht werden. Erstens, wie entscheiden wir heute und die Zweite, wie wird entschieden.

Herr **Krause** betonte, dass die Stadträte sich nach dem Beschlusstextvorschlag richten sollten und nicht nach Sätzen, welche aus den Begründungen zitiert werden.

Herr **Scholze**, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, stellte, unabhängig davon, welches Verfahren Anwendung finde, für seine Fraktion fest, dass in jedem Fall eine Variante für gut gehalten werde.

Frau **Prof. Vent** stellte den **Geschäftsordnungsantrag**, dass sie, wenn sie der Jury folge, nicht mehr über ihre Vorzugsvariante abstimmen könne. Es müsste grundsätzlich erst einmal abgestimmt werden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr **Bartl** las den Text zum Beschlussvorschlag vor.

Abstimmungsergebnis zum Beschlussvorschlag der Vorlage:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat trifft die abschließende Entscheidung über die Realisierung des Denkmals zur Erinnerung an die Montagsdemonstration 1989. Grundlage sind die Empfehlungen der Jury und des Kulturausschusses.

Abstimmungsergebnis über die Zusammenführung beider Entwürfe (Bodenplatten und Figur):

mehrheitlich abgelehnt

**15 Ja-Stimmen
22 Nein-Stimmen
8 Enthaltungen**

Abstimmungsergebnis über den Entwurf Christof Traub (Bodenplatten):

mehrheitlich zugestimmt

**27 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
15 Enthaltungen**

Herrn **Traub** wurde zur Entscheidung für seine Variante gratuliert.

- zu 5.3 Fortschreibung und Präzisierung des mittelfristigen Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2006/07**
Vorlage: IV/2005/05182
- zu 5.3.1 Änderungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Beschlussvorlage: Fortschreibung und Präzisierung des mittelfristigen Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/2005 bis 2008/2009 - für das Schuljahr 2006/2007 (Vorlagen-Nummer: IV/2005/05182)**
Vorlage: IV/2006/05582
- zu 5.3.2 Änderungsantrag des Bildungsausschusses zur Fortschreibung und Präzisierung des Mittelfristigen Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2006/07**
Vorlage: IV/2005/05468
-

Wortprotokoll:

Herr **Bartl**, Vorsitzender des Stadtrates, wies noch einmal auf die zwei vorliegenden Änderungsanträge des Bildungsausschusses und der Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger hin.

Frau **Dr. Bergner**, Fraktion der CDU, erläuterte einige Schwerpunkte zur Vorlage, welche im Bildungsausschuss besprochen wurden und hervorzuheben seien. Mit Blick auf den Verlauf der Diskussion beantragte sie im Namen der Fraktion getrennte Abstimmungen zu den Punkten 1.1, 1.2 bis 1.5 im Komplex und im Punkt 2 alle Unterpunkte getrennt sowie 3, 4 und 5.

Frau **Dr. Haerting**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, sagte, dass sie den Änderungsantrag ihrer Fraktion nochmals begründen möchte, die Grundschule Kanena/Reideburg und die Grundschule Büschdorf als jeweils eigenständige Grundschule an ihrem jetzigen Standort zu erhalten. Sie bat die Stadträte, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Frau **Wolff**, NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, hob die Punkte 2. und 2.3 der Beschlussvorlage hervor und sagte, dass ihre Fraktion den Änderungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger unterstützen werde und begründete dies.

Herr **Lange**, Fraktion Die Linkspartei. PDS, sprach die Entscheidungen im Osten der Stadt Halle an, welche von schwierigen Diskussionen begleitet waren. Seine Fraktion sei auch für den Erhalt der Grundschule Büschdorf und stimme dem Votum des Bildungsausschusses zu, diese befristet für ein weiteres Jahr zu erhalten. Er begründete das Problem des schwierigen Umzuges der Grundschule Kanena nach Reideburg, plädierte aber dafür, *dem Vorschlag des Bildungsausschusses zu folgen und die Schulen für ein weiteres Jahr zu erhalten und den Fusionsbeschluss 1.1 nicht zu bestätigen und die Auen-Schule weiter ein Jahr zu erhalten, damit in diesem Jahr eine tragfähige Variante gefunden werden kann, wie diese Schulen zusammen gebracht werden können.*

Frau **Schwabe**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, schloss sich der Meinung der Vorredner an und plädierte auch für den Erhalt von kleinen Grundschulen wie Büschdorf.

Frau **Dr. Haerting** sagte zur Abstimmung im Bildungsausschuss, dass die GS Büschdorf bleibe, aber Kanena schon nach Reideburg ziehe. Dies bedeute, dass, wenn die Schüler aus Kanena in der großen Schule in Reideburg sitzen, sehr hohe Betriebskosten und Umzugskosten anfallen würden. Es wäre jede Regierung gut beraten, Erkenntnisse, wie z. B. die von PISA in der Praxis aufzugreifen und umzusetzen, so dass es ein längeres gemeinsames Lernen gäbe. So könnten Schüler in den höheren Schulaltern, wo Fachunterricht sei, in das Gebäude in Reideburg gehen. Weiterhin betonte sie, dass die Einwohnerzahlen von Büschdorf höher seien, als die von Reideburg.

Frau **Dr. Bergner** erinnerte an die Beantragung der Einzelabstimmung.

Herr **Bartl** bestätigte, dass alle Beschlusspunkte einzeln abgestimmt werden.

Frau **Dr. Bergner** ging auf den Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS, ein, den Standort Wilhelm-Busch-Schule zur Südstadt-Grundschule in diesem Jahr noch nicht zu fusionieren, sondern weiter bestehen zu lassen. Die Zuordnung der Einzugsbereiche in diesem Gebiet sei noch offen.

Sie stellte einen Antrag *zum Ergänzungsantrag* zur Fraktion Die Linkspartei. PDS.

Wenn aus Sicherheitsgründen das Gebäude der GS Wilhelm Busch eine weitere Beschulung unvertretbar sei, ist der Beschluss gemäß der Verwaltungsvorlage im Punkt 1.1 umzusetzen.

Herr **Bartl** bat Frau Dr. Bergner die Änderung zum Änderungsantrag schriftlich abzugeben.

Frau **Dr. Bergner** stellte den **Geschäftsordnungsantrag zu einer A u s z e i t** nachdem Herr Lange gesprochen habe.

Herr **Lange** beantragte auch eine **A u s z e i t** und stellte richtig, dass bei der Betrachtung, des größeren Ortsteils, man Büschdorf außer Acht gelassen habe. Es wurde Bruckdorf, Kanena und Reideburg in Betracht gezogen. Er stellte richtig, dass im Bildungsausschuss der Antrag gestellt wurde, die Auenschule mit der Buschschule am Standort Auenschule zu fusionieren. Dieser wurde abgelehnt, so wie auch die Fusionierung der Auenschule mit der Rosengartenschule als auch die Wilhelm-Busch-Schule mit der Südstadtgrundschule. Dem sei auch der Finanzausschuss gefolgt. Die Fraktion stelle diesen Antrag nicht, weil sie es für sinnvoll halten, dass diese Schulen für dieses Jahr an den Standorten erhalten bleiben. In der Stadtratssitzung März könne man weiter entscheiden.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** macht deutlich, dass sie zur Diskussion grundsätzlich mal was sagen müsste. Die Stadt habe nicht nur die Verantwortung für Schulen und Kinder in dieser Stadt, sondern Verantwortung für alle. Es sollte nun eine Entscheidung getroffen werden. Betreffend einer Entscheidung, bezogen auf die Auenschule, würde dies jetzt schon das dritte Jahr geschehen. Die Verwaltung sei dabei, Gelder für zusätzliche Konsolidierung zu suchen und es wird vorausgesetzt, dass die Vorschläge der Verwaltung, die zur Einsparung führen, zum Tragen kommen. Diese werden hier abgelehnt, was dazu führe, dass wir die freien Projekte, die den neuen Programmen dienen, nicht gemacht werden können. Man solle dies im Zusammenhang sehen.

Abstimmungsergebnis:
(zum GO-Antrag)

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Auszeit und Pause

Frau **Wolff** bemerkte, wenn der Änderungsantrag von der Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger nicht bestätigt werde, dann würde ihre Fraktion den Änderungsantrag des Bildungsausschusses beschließen.

Herr **Bönisch**, Fraktion der CDU, zitierte Herrn **Lange**, dass der Finanzausschuss dem Bildungsausschuss zugestimmt habe. Er erläuterte die Motivation seiner Fraktion, warum diese zugestimmt habe. Fragen seien noch offen, was z. B. mit den Kindern aus der Leuchtturmsiedlung und aus Bruckdorf geschehe, wenn man sich dem Bildungsausschussvotum anschließen würde. **Man solle sich heute entscheiden, die Beschlussbestandteile 1.1, 2.1 und 2.3 bis zur Sitzung des Stadtrates im Monat März auszusetzen.**

Frau **Dr. Haerting** stellte eine Anfrage an Herrn **Bönisch**, ob es um den Bildungsausschuss gehe oder um die Verwaltungsvorlage. Die Verwaltung sage unter 2.2. Fusion am Standort Reideburg.

Herr **Bönisch** führte aus, dass er über die Vorlage der Verwaltung rede.

Herr **Bartl** schlug vor, dass darüber abgestimmt wird, die **Punkte 1.1, 2.1 und 2.3 der Verwaltungsvorlage** bis zur Stadtratssitzung im Monat März auszusetzen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**
(siehe Beschlussvorschlag Niederschrift Seite 22)

Herr **Prof. Schuh**, NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, warf ein, dass die Stadtverwaltung Finanzen genannt habe und man mit den Ausschüssen Einigkeit erzielen müsse. Auch bis zur Sitzung im März könne von der Stadt nicht erwartet werden, dass die geänderten Zahlen vorliegen.

Herr **Dr. Fikentscher**, Fraktion der SPD, betonte, dass mehrheitlich über eine Verschiebung entschieden wurde. Aus diesem Grunde könne nicht über Änderungsanträge abgestimmt werden, die sich auf diese Punkte beziehen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** hob hervor, dass sie im Pausengespräch verstanden habe, dass im Bildungsausschuss neue Fragen aufgetaucht seien, was wie viel kostet, wenn es so konstruiert wird, wie es im Bildungsausschuss als günstige Variante herausgekommen sei. Diese Zahlen konnten in dieser kurzen Zeit nicht neu erbracht werden. Man brauche die Zeit bis März. Sie unterstütze den Vorschlag, im März zu einer Entscheidung zu kommen für die Punkte 1.1, 2.1 und 2.3.

Herr **Bönisch** bemerkte zu Herrn **Prof. Schuh**, dass es nicht darum ginge, neue Zahlen von der Verwaltung zu bekommen, sondern weitere Zahlen.

Frau **Wolff** äußerte, dass sie es richtig verstehe, dass für die Variante Kanena/Reideburg und Büschdorf gerechnet wird und nicht Großzentrum Reideburg mit dem Änderungsantrag Büschdorf. Diese Zahlen lagen vor.

Frau **Dr. Bergner** warf ein, dass der Antrag zur Verschiebung nur auf Punkt 1.1, 2.1 und 2.3 bezogen war, so dass noch nicht beantragt sei, den Punkt 2.2 zu verschieben. Zu dem Punkt 2.2 gibt es diesen Änderungsantrag und dieser beinhaltet, eine langfristige Standortentscheidung für Reideburg und Büschdorf.

Herr **Bartl** stellte fest, dass darüber abgestimmt wird und dass der Punkt 2.2 sowie der dazu gehörige Änderungsantrag des Bildungsausschusses und der Änderungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger ebenfalls in die März-Sitzung des Stadtrates verschoben wird.

Frau **Prof. Vent** brachte zum Ausdruck, dass keiner mehr verstehe, was hier passiert.

Herr **Lange** erklärte noch einmal, dass es ein breites Votum im Bildungsausschuss und Finanzausschuss gab, dass der Standort Büschdorf erhalten bleiben soll. Deshalb könne man jetzt darüber abstimmen.

Herr **Weiland**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, fragte, wenn dies so beschlossen wird und dem Änderungsantrag seiner Fraktion in der nächsten Sitzung stattgegeben wird, müsse dieser dann wieder aufgehoben werden, oder habe er das falsch verstanden?

Herr **Lange** antwortete, dass der Änderungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger laute, Büschdorf nicht befristet zu erhalten, sondern unbefristet. Er sehe keine Problem darin, dass, wenn der Beschluss wieder aufgehoben werde und Büschdorf langfristig erhalten bliebe.

Herr **Prof. Schuh** entgegnete, dass dies keinen Sinn mache und begründete die Verschiebung des **Punktes 2.2 vom Bildungsausschuss**.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr **Bartl** bat um Abstimmung, den Änderungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger Punkt 2.2 in die März-Sitzung zu verschieben.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**
(siehe Beschlussvorschlag Niederschrift Seite 23)

Herr **Bartl** bat um einzelne Abstimmung, die Punkte 1.1, 2.1, 2.2 und 2.3 des Änderungsantrages des Bildungsausschusses in die März-Sitzung zu vertagen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**
(siehe Beschlussvorschlag Niederschrift Seite 24)

Herr **Bartl** bat um Abstimmung zum Punkt 2.4 des Änderungsantrages des Bildungsausschusses.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**
(siehe Beschlussvorschlag Niederschrift Seite 24)

Herr **Bartl** bat um Abstimmung der modifizierten Vorlage der Verwaltung (außer die Punkte 1.1, 2.1, 2.2 und 2.3).

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**
(in modifizierter Form)

Fortschreibung und Präzisierung des mittelfristigen Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2006/07
Vorlage: IV/2005/05182

Beschlussvorschlag: (vertagt in die März-Sitzung)

1.1 Fusion der Grundschule Südstadt mit der Grundschule „Wilhelm Busch“

Neuer Standort: Rigaer Straße 1b
 Neuer Schulname: Grundschule Rigaer Straße

2.1 Umzug der Grundschule Kanena/Reideburg

alter Standort: Zur Sternwarte 2 (Kanena)
 neuer Standort: Paul-Singer-Straße 32 a (Reideburg)

2.2 Fusion der Grundschule Kanena/Reideburg mit der Grundschule Büschdorf

Neuer Standort: Paul-Singer-Straße 32 a
 Neuer Schulname: Grundschule Halle-Ost

2.3 Fusion der Grundschule am Rosengarten mit der Grundschule Auenschule

Neuer Standort: Ottostraße 25
 Neuer Schulname: Grundschule Ottostraße

Beschluss:

Bezugsbeschlüsse:

- 1) Mittelfristige Schulentwicklungsplanung in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 vom 17.12.2003 (Beschluss-Nr. III/2003/03419)
- 2) Änderungsantrag zur Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung vom 17.12.2003 (Beschluss-Nr. III/2003/03843)
- 3) Erste Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2005/06 vom 16.03.2005 (Beschluss-Nr. IV/2004/04506)
- 4) Änderungsantrag zur Ersten Fortschreibung und Präzisierung vom 16.03.2005 (Beschluss-Nr. IV/2005/04821)

1.	Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bestätigt die lt. Bezugbeschluss Nr. 1 und 3 für das Schuljahr 2006/07 gefassten Beschlüsse.
1.2	Fusion der Grundschule „Bertold Brecht“ mit der Grundschule „Thomas Mann“ Neuer Standort: Hanoier Straße 1 Neuer Schulname: Grundschule Hanoier Straße
1.3	Fusion der Grundschule am Ludwigsfeld mit der Grundschule Glaucha Neuer Standort: Wörmlitzer Straße 93 Neuer Schulname: Grundschule Wörmlitzer Straße
1.4	Fusion der Grundschule Lilienschule mit der Grundschule Am Gimritzer Damm Neuer Standort: Lilienstraße 23

	Neuer Schulname: Grundschule Lilienstraße
1.5	Veränderung des Schulbezirkes der Grundschule Am Heiderand in Verbindung mit der Fusion der Grundschule Lilienschule mit der Grundschule Am Gimritzer Damm
2.	Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt im Rahmen der Aktualisierung und Präzisierung des Bezugsbeschlusses Nr. 1 in Verbindung mit den Bezugsbeschlüssen Nr. 2 bis 4 die nachfolgenden Veränderungen und Ergänzungen der geplanten Maßnahmen:
2.4	<p>In modifizierter Form:</p> <p>Fusion des Südstadtgymnasiums mit dem Friedengymnasium zum Schuljahr 2006/07 Neuer Standort : Katowicer Straße 40a Neuer Schulname: Gymnasium Katowicer Straße</p> <p>In Verbindung mit dem Stadtratsbeschluss zur Übernahme des Sportgymnasiums in kommunale Trägerschaft wird in Abhängigkeit von der Schülerzahlentwicklung am Gymnasium Katowicer Straße und am Sportgymnasium die Bestandpriorität zu Gunsten des Sportgymnasiums festgelegt.</p>
3.	Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, in Abhängigkeit vom Anwahlverhalten an den Sekundarschulen und Gymnasien bei Bedarf kurzfristig organisatorisch-technische Maßnahmen zur Klassenbildung der Eingangsklassen einzuleiten.
4.	Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) legt, beginnend mit dem Schuljahr 2006/07 für die Grundschule Neumarkt auf Grund der vorhandenen Raumkapazität eine Aufnahmebegrenzung für die Klassenstufe 1 auf max. 112 Schülerinnen und Schüler (4 Klassen) fest.
5.	Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 31.07.2006 die vorgesehenen Fusionen zu begleiten und in Zusammenarbeit mit dem Landesverwaltungsamt, Abteilung Schulen, die Voraussetzungen für einen ordnungsgemäßen Unterrichtsbeginn zum 01.08.2006 zu schaffen.

**Änderungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Beschlussvorlage: Fortschreibung und Präzisierung des mittelfristigen Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/2005 bis 2008/2009 - für das Schuljahr 2006/2007 (Vorlagen-Nummer: IV/2005/05182)
Vorlage: IV/2006/05582**

Beschlussvorschlag:

Beschlusspunkt 2.2 lautet neu:

Die Grundschule Kanena/Reideburg und die Grundschule Büschdorf bleiben als eigenständige Grundschulen an ihrem jetzigen Standort erhalten.

**Änderungsantrag des Bildungsausschusses zur Fortschreibung und Präzisierung des Mittelfristigen Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2006/07
Vorlage: IV/2005/05468**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, den vorliegenden Beschlussentwurf in den aufgeführten Beschlusspunkten wie folgt zu ändern:

zu 1.1

Der Beschluss des Stadtrates vom 17.12.2003 (Bezugsbeschluss Nr. 1) zur Fusion der Grundschule Südstadt mit der Grundschule Wilhelm Busch wird aufgehoben.

zu 2.1 *Erweiterung des Beschlussvorschlages um die Formulierung.*

Mit dem Umzug der Grundschule Kanena/Reideburg von Kanena nach Reideburg wird eine Schulbezirksveränderung vorgenommen.

Die Verwaltung wird beauftragt in Abstimmung mit der Elternschaft die Schulbezirksveränderungen vorzunehmen.

Der Hort am Standort Kanena ist fortzuführen. In Absprache mit der HAVAG ist der Transport von (Büschdorf) –Kanena nach Reideburg bzw. zurück zum Hort abzusichern.

zu 2.2 *Neuer Beschluss:*

Fortbestand der Grundschule Büschdorf im Planungszeitraum der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (bis 2008/09) am Standort K.-Kollwitz-Str. 2.

Im Rahmen der weiteren Schulentwicklungsplanung ab Schuljahr 2009/10 ist ein Fortbestand der Grundschule Büschdorf erneut zu prüfen.

zu 2.3 *Neuer Beschluss:*

Fortbestand der Grundschulen am Rosengarten und Auenschule im Schuljahr 2006/07 am bisherigen Standort.

Im Rahmen der Fortschreibung und Präzisierung der Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2007/08 ist der Fortbestand des Standortes Auenschule erneut zu prüfen.

Beschluss:

2.4 Neuer Beschluss:

Fusion des Südstadtgymnasiums mit dem Friedengymnasium zum Schuljahr 2006/07

Neuer Standort : Katowicer Straße 40a

Neuer Schulname: Gymnasium Katowicer Straße

In Verbindung mit dem Stadtratsbeschluss zur Übernahme des Sportgymnasiums in kommunale Trägerschaft wird in Abhängigkeit von der Schülerzahlentwicklung am Gymnasium Katowicer Straße und am Sportgymnasium die Bestandpriorität zu Gunsten des Sportgymnasiums festgelegt.

zu 5.4 Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2003/2004 für das Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater Halle
Vorlage: IV/2005/05129

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat beschließt den Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2003 / 2004 des Eigenbetriebs Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater und entlastet die Theaterleitung für das Wirtschaftsjahr 2003 / 2004.**
 - 2. Der Stadtrat beschließt, dass der Jahresverlust in Höhe von 128.227,63 € durch Entnahme aus der allgemeinen Rücklage ausgeglichen wird.**
-

**zu 5.5 Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2005/2006 für das Thalia
Theater/Kinder- und Jugendtheater Halle
Vorlage: IV/2005/04983**

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2005/2006 für das Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater.

**zu 5.6 Jahresabschluss des Wirtschaftsjahres 2004 des Eigenbetriebes für
Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) - EfA
Vorlage: IV/2005/05463**

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

- 1. Der Jahresabschluss für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung für das
Wirtschaftsjahr 2004 wird festgestellt.**
 - 2. Der Leitung des EfA wird für das Wirtschaftsjahr 2004 gemäß § 18 Abs. 4 Satz 2
EigenBG LSA Entlastung erteilt.**
-

zu 5.7 Änderung der Hauptsatzung Vorlage: IV/2006/05565

Wortprotokoll:

Herr **Godenrath**, Fraktion der CDU, sagte, dass der Änderungsantrag für sich spreche, und zwar dass der Stadtrat die Verfahrensweise anders sehe als die Verwaltung. Es sei notwendig, dass Frau Oberbürgermeisterin Häußler fristgerecht Widerspruch einlege. Über das Verfahren, wie das geschehe, müsse noch abgestimmt werden.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erwiderte, dass Herr **Godenrath** formal Recht habe, aber inhaltlich müsse differenziert betrachtet werden. Der Stadtrat habe mehrheitlich die Hauptsatzung geändert, weil angezweifelt werde, dass es das Organisationsrecht der Oberbürgermeisterin sei, Umsetzungen von Fachbereichsleitern, die über den Hauptausschuss bestätigt wurden, vorzunehmen. Es gebe auch keine Unklarheiten. Die Aufsicht bestätigte, dass das, was die Stadtverwaltung hier seit 15 Jahren praktiziere, richtig sei und fordere den Stadtrat auf, die Hauptsatzung wieder in die alte Form zu bringen, weil der Beschluss rechtswidrig sei. Dazu gäbe es die Frist bis zum 6.2.2006. Laut Rechtsmittelbelehrung bestehe die Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen. Dies finde sie verwunderlich, weil die Aufsicht gleichzeitig schreibe, dass, wenn der Stadtrat dem nicht folge, Sie Ersatzvornahme durchführen werde, also die Hauptsatzung wieder in die alte Fassung bringe.

Nun komme der Stadtrat und möchte die Oberbürgermeisterin beauftragen, bei der Aufsicht Widerspruch gegen die eigene Rechtsmeinung einzulegen. Nach Rücksprache mit dem LVA gab es die Aussage, dass der Stadtrat dies formal tun könne, aber er könne nicht die Verwaltung beauftragen mit ihrem Rechtsamt eine Begründung zu schreiben. Diese hat der Stadtrat selbst zu bringen. Diese habe der Rat bisher nicht geliefert.

Der Rat habe nun die Möglichkeiten, den Dringlichkeitsantrag abzulehnen, dann werde dem auch nicht entsprochen. Wenn der Aufsicht zugestimmt werde, dann wären die alten Verhältnisse wieder hergestellt und es würde dem Einspruch der Aufsicht entsprochen. Oder, der Rat könne das Ganze noch „*verschlimmbessern*“ und die Oberbürgermeisterin auffordern, Widerspruch einzulegen.

Herr **Godenrath** entgegnete, dass die Begründung in der Antragsbegründung des Ursprungantrages gemacht wurde. Es gehe um Punkt 1 und 2. Es müsse ein Verfahren gefunden werden, wie man diesen formalen Widerspruch mit einer rechtlichen Begründung unterlege.

Die Oberbürgermeisterin müsse den Widerspruch erst einmal einlegen. Das andere müsse intern geklärt werden.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte, dass sie diesen abschicken werde, wies aber auf die Fristen hin.

Herr **Koehn**, Fraktion der SPD, stellte klar, dass seine Fraktion für die Beibehaltung der Satzung sei. Er sei der Meinung, dass man der Ansicht der Landesverwaltungsamtes folgen solle. Was den Rechtsmittelhinweis betreffe, sei dieser ein Standardsatz, der unter jedem Bescheid einer Behörde stehe und dieser nicht zum Anlass genommen werden solle, inhaltlich vorzugehen.

Er hoffe, dass heute abschließend abgestimmt werde.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:
(zum Änderungsantrag der CDU)

mehrheitlich abgelehnt

**14 Ja-Stimmen
17 Nein-Stimmen
15 Enthaltungen**

Abstimmungsergebnis:
(Beschlussvorlage Verwaltung)

mehrheitlich abgelehnt

**15 Ja-Stimmen
18 Nein-Stimmen
12 Enthaltungen**

Beschlussvorschlag:

Der Beschluss des Stadtrates vom 23.11.2005 (Beschluss-Nr.: IV/2005/05383) wird aufgrund der Beanstandungsverfügung des Landesverwaltungsamtes vom 09.01.2006 aufgehoben.

**zu 5.7.1 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Dringlichkeitsvorlage
- Änderung der Hauptsatzung (Nr. IV/2006/05565)
Vorlage: IV/2006/05580**

Wortprotokoll:

siehe TOP 5.7

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt neu gefasst:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, fristgerecht Widerspruch gegen die aufsichtsbehördliche Beanstandungsverfügung zum Beschluss des Stadtrates vom 23.11.2005 (Nr. IV/2005/05383) einzulegen.

zu 6 Wiedervorlage

Wortprotokoll:

Es lagen keine Wiedervorlagen vor.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 7.1 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
MitBürger zur Umbesetzung eines Mitgliedes der Fraktion im
Hauptausschuss
Vorlage: IV/2006/05548**

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

**Frau Prof. Dorothea V e n t scheidet aus dem Ausschuss für Personal- und allgemeine Angelegenheiten, einschließlich Funktional-, Verwaltungs- und Strukturreform (Hauptausschuss) aus.
Der Stadtrat entsendet Frau Thea I I s e in den Ausschuss für Personal- und allgemeine Angelegenheiten, einschließlich Funktional-, Verwaltungs- und Strukturreform (Hauptausschuss).**

zu 7.2 Antrag des Stadtrates Mathias Weiland - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Bereitstellung der Haushaltssatzung, des Haushaltsplanes und der Anlagen in digitaler Form
Vorlage: IV/2006/05545

Wortprotokoll:

Herr **Weiland**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, ging ein auf die unbefriedigende Antwort des Herrn Geier, Beigeordneter Zentraler Service ein. Die Verwaltung solle eine digitale Version vorlegen, um die Arbeit der Stadträte zu erleichtern. Er bat um die Annahme seines Antrages.

Frau **Wolff**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, bestätigte die Aussage des **Herrn Weiland**.
Sie bat um die Annahme des Antrages.

Herr **Godenrath**, Fraktion der CDU, gab den Hinweis, dass die Stadt Chemnitz den Haushalt in pdf-Form hätte und man sich dort kundig machen könne.

Herr **Bartl**, Vorsitzender des Stadtrates, fragte Herrn Weiland zum Änderungsantrag der Verwaltung.

Herr **Weiland** wies darauf hin, dass, wenn es ein Änderungsantrag sei, wie es die Verwaltung empfohlen habe, dann würde der Haushalt in der gleichen Form an den Rat gehen. Eine neue Arbeitsgruppe sei auch nicht erforderlich, dies könne man auch im Finanzausschuss besprechen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis
Empfehlungen der Verwaltung:

a b g e l e h n t

Abstimmungsergebnis
zum Antrag:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern noch für die laufenden Haushaltsberatungen eine handhabbare digitale Fassung (Dateien in den Formaten MS-Word oder MS-Excel oder in anderen kompatiblen Datenbank-, Spreadsheet- oder Textformaten) des Haushaltsplanentwurfes 2006 nebst Anlagen zur Verfügung gestellt werden kann.
 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für die Haushaltsberatungen des Haushalts 2007 eine handhabbare digitale Fassung vorzulegen.
-

**zu 7.3 Antrag der Stadträtin Dr. Gesine Haerting - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- zur Darstellung freier KinderbetreuungsKapazitäten auf der
Homepage der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/05550**

Wortprotokoll:

Frau Bürgermeisterin **Szabados** sagte, dass in der Stellungnahme dargelegt wurde, dass es sehr wünschenswert wäre, die Homepage immer zu aktualisieren. In der Praxis sei dies nicht machbar, da es ständige Änderungen gäbe. Dieses Jahr werde der Kindergartenführer entwickelt, welche auf die Familienseite gestellt werde zur Information für die Eltern, diene. Diese sollten dann das direkte Gespräch mit den Einrichtungen führen.

Frau **Dr. Haerting**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, verwies im Namen ihrer Fraktion den Antrag in Anbetracht unklarer Fakten in den Jugendhilfeausschuss und in den Eigenbetriebsausschuss für Kita.

Frau **Wolff**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, bat, da ihre Fraktion in beiden Ausschüssen nicht sitze, um entsprechende Mitteilung.

Weitere Anfragen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

- **Jugendhilfeausschuss**
- **Betriebsausschuss EB Kindertagesstätten**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, auf ihrer Familienseite www.familie.halle.de an geeigneter Stelle die freien KiTa-Kapazitäten im gesamten Stadtgebiet aufzuzeigen. Den freien Trägern wird die Möglichkeit geboten, ihre freien Plätze auf dieser Seite anzugeben. Dazu ist die Zusammenarbeit mit den Trägern zu suchen um die kontinuierliche Aktualisierung der Angaben sicher zu stellen.

**zu 7.4 Antrag des Stadtrates Wolfgang Kupke - CDU - Einrichtung einer Jugendbibliothek in der Kulturinsel
Vorlage: IV/2005/05506**

Wortprotokoll:

Herr **Kupke**, Fraktion der CDU, betonte die notwendige Einrichtung einer Kinderbibliothek und bat die Verwaltung, dem Prüfauftrag zuzustimmen.

Frau **Wolff**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte, ob es eine zusätzliche Rolle spiele, wenn Herr Sodann seine Bücher nicht aus den Räumen nähme.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einrichtung einer Jugendbibliothek in der Kulturinsel zu prüfen.

**zu 7.5 Antrag des Stadtrates Bernhard Bönisch - CDU - zur Öffnung der
Schulsporthallen über den Jahreswechsel
Vorlage: IV/2006/05554**

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird gebeten, die Effekte der Sperrung der Schulsporthallen in den Weihnachtsferien für den Vereinssport zu überprüfen und darüber im Sportausschuss zu berichten.

**zu 7.6 Antrag - Die Linkspartei. PDS-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Bericht der Oberbürgermeisterin zum Neubau der Kindertagesstätte "Kinderland"
Vorlage: IV/2006/05551**

Wortprotokoll:

Herr **Lange**, Fraktion Die Linkspartei. PDS, zog im Namen der Fraktion den Antrag zurück.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde durch die einbringende Fraktion zurückgezogen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

Die Oberbürgermeisterin berichtet dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) öffentlich umfassend über den Status Quo der neu errichteten und vollständig eingerichteten Kindertagesstätte „Kinderland“.

Der Bericht hat mindestens zu enthalten:

- *Kosten des Neubaus incl. Ausstattung (Vollkostenrechnung incl. Zinsaufwand für aufgenommene Kredite der Stadt Halle (Saale))*
 - *Ursachen des Leerstandes*
 - *Mehraufwand der Stadt Halle (Saale) pro Monat resultierend aus
 - o *nach wie vor notwendiger Nutzung des abzureißenden Altbaus der Kindertagesstätte „Kinderland“*
 - o *dem monatlichen Aufwand der Betriebs-, Unterhaltungs-, und Sicherheitskosten für den nicht nutzbaren Neubau der Kindertagesstätte „Kinderland“*
 - o *dem Stand des öffentlichen streitigen Verfahrens um den Neubau der Kindertagesstätte „Kinderland“**
 - *Maßnahmen der Stadt Halle (Saale) zur Vermeidung der o. g. entstandenen Mehraufwendungen wegen Leerstand des Neubaus der Kindertagesstätte „Kinderland“*
 - *Anteil handelnder Personen im ZGM und in leitender Position der Stadt Halle (Saale) (Betriebsleiter/Beigeordnete) an den v. g. Mehraufwendungen wegen Unterlassungen zur unverzüglichen Nutzung des Neubaus der Kindertagesstätte „Kinderland“*
 - *verbindlicher Maßnahmenplan (incl. verantwortlicher Personen und Termine) der Stadt Halle (Saale) zur unverzüglichen Nutzung des leer stehenden Neubaus der Kindertagesstätte „Kinderland“*
-

**zu 7.7 Antrag des Stadtrates Uwe Heft - Die Linkspartei. PDS-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zur Aufstellung von Kriterien zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit von Angeboten Dritter für die Vergabe öffentlicher Aufträge der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2005/05525**

Wortprotokoll:

Herr **Lange**, Fraktion Die Linkspartei. PDS verwies im Namen der Fraktion den Antrag in den Vergabeausschuss.

Abstimmungsergebnis: verwiesen
- **Vergabeausschuss**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

Die Oberbürgermeisterin ist zu beauftragen, dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bis 31.03.2006 zusätzliche Kriterien zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit von Angeboten Dritter für die Vergabe öffentlicher Aufträge der Stadt Halle (Saale) zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 7.8 Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost
Vorlage: IV/2006/05541**

Wortprotokoll:

Frau **Wolff**, NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, kritisierte, dass die Antworten des Geschäftsbereiches Planen, Bauen und Straßenverkehr zu spät eingehen würden.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** betonte, dass dies ein Antrag sei, zu dem eine Antwort gegeben wurde. Welche Fragen sollten sich hier ergeben?

Frau **Wolff** sagte, dass sich aus den Anfragen Fragen inhaltlicher Art ergeben hätten.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, dass die Fraktion die Fragen schriftlich stellen solle.

Frau **Wolff** entgegnete, da hier eine fachliche Klärung nicht möglich sei, würde sie den Antrag im Namen der Fraktion in den Planungsausschuss und in den Finanzausschuss verweisen.

Herr **Lange**, Fraktion Die Linkspartei. PDS, verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag die Anfrage weiterhin in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

- **Ausschuss für Planungsangelegenheiten**
- **Finanzausschuss**
- **Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, aktive Lärmschutzmaßnahmen im Abschnitt 3b 2 Hochweg - Delitzscher Straße im östlichen Bereich zwischen Knoten 9 und 10 zu errichten.

**zu 7.9 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
MitBürger zur Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: IV/2006/05578**

Wortprotokoll:

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat entsendet Herrn Tom Wolter in den Sportausschuss.
 2. Der Stadtrat entsendet Herrn Tom Wolter in den Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL und HOAI.
 3. Der Stadtrat entsendet Herrn Prof. Ludwig Ehrler in den Theaterausschuss des Eigenbetriebes „Kulturinsel“.
 4. Der Stadtrat entsendet Herrn Prof. Ludwig Ehrler in den Theaterausschuss des Eigenbetriebes „Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater“.
-

**zu 7.10 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
MitBürger zur Umbesetzung eines Mitgliedes der Fraktion im
Finanzausschuss
Vorlage: IV/2006/05579**

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

**Herr Prof. Ludwig Ehrler scheidet aus dem Ausschuss für Finanzen, städtische
Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften (Finanzausschuss) aus.**

**Der Stadtrat entsendet Herrn Tom Wolter in den Ausschuss für Finanzen, städtische
Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften (Finanzausschuss).**

zu 8 **Anfragen von Stadträten**

zu 8.1 **Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Planfeststellungsverfahren für den geplanten Neubau der HAUPTerschließungsstraße Gewerbegebiet Halle/Ost Bauabschnitt 3b, Kanenaer Weg- Grenzstraße/Delitzscher Straße Vorlage: IV/2006/05540**

Durch mehrere Bürgerzuschriften wurden wir auf diese Probleme aufmerksam gemacht und fragen daher an:

1. **Warum wird der Bauabschnitt 3b 2, östlicher Teil - Hochweg/Delitzscher Straße - zum Mischgebiet erklärt, obwohl in diesem Gebiet durch Genehmigung eines weiteren Einfamilienhauses die Stadtverwaltung faktisch eine Erweiterung des B-Plangebietes 8.1 als reines Wohngebiet geschaffen hat, somit die Wohnbebauung bis zum Hochweg geschlossen wurde und in diesem Gebiet bis hin zur Delitzscher Straße kein Gewerbe (bis auf den vermutlich illegalen Autohandel R&M auf der zukünftigen Trasse) mehr angesiedelt ist?**
2. **Weshalb wird die Darstellung für das zuvor genannte Gebiet aus dem Flächennutzungsplan und dem Entwurf des B-Plans 66 als sonstige öffentliche Grünfläche im Zuge des Planfeststellungsverfahrens nicht umgesetzt?**
3. **Warum wird kein aktiver Lärmschutz für das Gebiet zwischen Hochweg und Delitzscher Straße – Knoten 9 bis Knoten 10 - zum Schutz der vorhandenen und geplanten Wohnbebauung angelegt?**
4. **Warum werden die anfallenden Erdmassen nicht als Lärmschutzwall zwischen Knoten 9 und 10 errichtet und die vorhandenen Leitungen wie unter der Trasse auch eingehaust?**
5. **Entgegen den Ausführungen des Vorhabensträgers in seiner Stellungnahme zum Erörterungstermin im Planfeststellungsverfahren ist ein Teil des zukünftigen Weges im Bereich Guido-Kisch-Straße – Umspannwerk – unbefestigt. Im Winter und bei Regentagen können dort weder Rettungsfahrzeuge noch Anwohner ihre Wohngrundstücke erreichen. Weshalb ist von der Stadt keine Befestigung des Weges vorgesehen?**

Antwort der Stadtverwaltung:

zu 1. und 2.

Für die Gebietseinstufung gelten in der Regel die Festsetzungen in den Bebauungsplänen. Das östliche Gebiet des Hochweges liegt nicht im Festsetzungsgebiet des Bebauungsplanes Nr. 8.1.

Wenn für ein Gebiet kein Bebauungsplan vorhanden ist, dann wird das Gebiet anhand der tatsächlichen Nutzung eingestuft, in diesem Fall als Mischgebiet. Das Gebiet östlich des

Hochweges besteht aus ca. 32% Wohnfläche und ca. 68 % sonstige Industriebrachen und Grünflächen.

Die Ausweisung als Grünfläche im FNP besagt, dass dieser Bereich zum Außenbereich und nicht zur geschlossenen Wohnbebauung der Stadt gehört. Die Charakterisierung nach tatsächlicher Nutzung ist in diesem Fall ausschlaggebend.

Im Rahmen des laufenden Planfeststellungsverfahrens wird dieser Gebietsstatus und somit die erforderliche Schutzbedürftigkeit geprüft und abschließend festgestellt.

zu 3.

Da im Gutachten kein Anspruch auf Lärmschutzmaßnahmen festgestellt wurde, fand in der Planung kein aktiver Lärmschutz Berücksichtigung. Die Immissionswerte liegen unterhalb der Grenzwerte.

zu 4.

Die anfallenden Erdmassen werden im Rahmen der landschaftspflegerischen Begleitmaßnahmen entlang der Haupteinfahrtsstraße für einen grünen Wall genutzt, der lediglich einen visuellen Schutzcharakter hat.

Die vorhandenen Leitungen muss man bei Querung einer Erdaufschüttung durch Schutzrohre schützen, wobei die hohen Erdlasten baulich zu berücksichtigen sind, hinzu käme der Grunderwerb bzw. die Entschädigung zusätzlich Betroffener.

Dieser ungünstige Wirtschaftlichkeitsfaktor für einen visuellen Schutz führte zu der Entscheidung, den Wall in diesem Bereich nicht fortzuführen.

zu 5.

Die Guido-Kisch-Straße ist unabhängig von ihrem Zustand eine eigenständige Straße. Die Verkehrssicherung dieser dann alleinigen Zufahrt wird die Stadt in angemessenen Umfang gewährleisten.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde ohne Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

zu 8.2 entfällt - verschoben in nichtöffentlichen Teil

zu 8.3 Anfrage des Stadtrates Uwe Heft - Die Linkspartei . PDS-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zur Militarisierung der Region Halle-Leipzig Vorlage: IV/2006/05553

Mit Schreiben vom 22.12.2005 geht Frau Häußler, Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale), dem Schein nach auf von mir im Dezember 2005 fristgerecht zur Beantwortung im Stadtrat Halle (Saale) Dezember 2005 eingereichte Anfragen zum Stand der Militarisierung des Flughafens Leipzig-Halle ein. **Diese von mir gestellten Fragen werden jedoch nicht im Ansatz beantwortet.** Vielmehr hat die Oberbürgermeisterin lediglich diverse Ausschnitte aus veröffentlichten Artikeln regionaler und überregionaler Presse wahllos abschreiben und zusammenstellen lassen. Dies ist eine deutliche Missachtung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale). Anderslautende dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) schriftlich vorliegende Beteuerungen der Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale) sind offensichtlich gelogen (!)?

Wiederholt und mit Vorsatz werden Anfragen von Stadträten der Stadt Halle (Saale) durch die Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale) **nicht** beantwortet!
Ich muss daher davon ausgehen, dass der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) für Frau Häußler ein permanent störendes Instrumentarium in einer sonst gewollten Alleinherrschaft der Oberbürgermeisterin ist? Anders kann die permanent anhaltende Rechtsbeugung von Frau Häußler im Gebrauch des Stadtrechts der Stadt Halle (Saale) nicht interpretiert werden. Deshalb frage ich erneut:

- 1. Wann wird die Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale) die zum Stadtrat Dezember 2005 gestellten Fragen zur Militarisierung des Flughafens Leipzig-Halle beantworten?
Wenn „nein“, bitte ausführliche Begründung für die Öffentlichkeit, welche Geheimnisse zu verbergen sind!**
- 2. Im Mai 2005 antwortete Frau Häußler auf eine von mir diesbezüglich gestellte Anfrage schriftlich, dass sie den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) seinem Status entsprechend achtet!
Wenn ich diese Antwort als ehrlich (?) voraussetze, bitte ich um Beantwortung folgender Fragen:
Welchen Status hat nach Meinung von Frau Häußler der Stadtrat einer kreisfreien Stadt im Land Sachsen- Anhalt?
Wem gesteht Frau Häußler gemäß Gemeindeordnung des Landes Sachsen- Anhalt den Status „Souverän einer kreisfreien Stadt“ zu?**

Wiederholt stelle ich meine Fragen vom Dezember 2005 und bitte um punktgenaue – ohne Ausflüchte – Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Welchen Stand hat die Umsetzung der Militarisierung der Region Halle-Leipzig?**
- 2. Weshalb wird der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) als Gesellschafter der Flughafen Halle- Leipzig GmbH um die zunehmende Militarisierung der Region nicht informiert?**

- 3. Im Mai dieses Jahres beteuerte die Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale) in einer Antwort auf eine entsprechende Anfrage, den Rat der Stadt Halle (Saale) als deren Souverän und Dienstherrn der Oberbürgermeisterin gebührend zu respektieren!**

Da wiederholt der Rat über wichtige Entwicklungen von/in Gesellschaften der Stadt Halle (Saale) nicht informiert wird, stelle ich die Frage, ob die Antwort der Oberbürgermeisterin im Mai 2005 eine Gefälligkeitsantwort war?

- 4. Welche Ermächtigung hatte die Geschäftsführung der Flughafen Halle-Leipzig GmbH der missbräuchlichen Nutzung des Flughafens Halle-Leipzig durch die NATO zuzustimmen?**
- 5. Welchen Inhalt haben die entsprechenden Verträge?**
- 6. Wie gedenkt die Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale) den Stadtrat Halle (Saale) und die Bevölkerung über diese Verträge und das damit verbundene Sicherheitsrisiko in der Region zu informieren?**

Antwort der Verwaltung:

Die Anfrage ist bereits mit ausführlichem Schreiben vom 22. Dez. 2005 beantwortet worden, welches nochmals in der Anlage beiliegt.

Aus diesem Schreiben lassen sich alle Fragen, soweit sie sich auf sachlicher Grundlage bewegen, beantworten.

Im Einzelnen nochmals dazu folgendes:

zu 1. Militarisierung Halle-Leipzig. Welchen Stand hat die Umsetzung der Militarisierung der Region Halle-Leipzig?

Eine Militarisierung der Region Halle-Leipzig liegt nicht vor.

zu 2. Weshalb wird der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) als Gesellschafter der Flughafen Halle-Leipzig GmbH um die zunehmende Militarisierung der Region nicht informiert?

Da eine zunehmende Militarisierung der Region nicht vorliegt, bestand auch kein Anlass den Stadtrat zu informieren.

zu 4. Welche Ermächtigung hatte die Geschäftsführung der Flughafen Halle-Leipzig GmbH der missbräuchlichen Nutzung des Flughafens Halle-Leipzig durch die NATO zuzustimmen?

Eine missbräuchliche Nutzung des Flughafens Halle-Leipzig durch die NATO liegt nicht vor.

zu 5. Welchen Inhalt haben die entsprechenden Verträge?

„Entsprechende“ Verträge liegen nicht vor (siehe Antworten zu 1, 2 und 4). Wie sich aus dem Schreiben der Verwaltung vom 22. Dez. 2005 bereits ergibt, hat der Rahmenvertrag im Wesentlichen zum Inhalt, dass die Betreiber dieser Transportflugzeuge der NATO auf Abruf Transportkapazitäten vorzuhalten haben.

zu 6. Wie gedenkt die Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale) den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und die Bevölkerung über diese Verträge und damit verbundene Sicherheitsrisiko in der Region zu informieren?

Es gibt kein Sicherheitsrisiko in der Region.

Im Übrigen erwartet der Anfragende ganz offensichtlich keine ernsthafte Beantwortung der Verwaltung. Es wird anempfohlen, dass der Anfragende über sein Verständnis als Teil des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) nachdenkt, bevor er persönliche Anwürfe und Unterstellungen gegenüber einer Oberbürgermeisterin formuliert. Die Überprüfung rechtlicher Schritte wird vorbehalten.

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin

Die Antwort der Verwaltung wurde ohne Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.4 Anfrage des Stadtrates Dr. Erwin Bartsch - Die Linkspartei. PDS-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zum "Zentrum für zeitgenössische Kultur" in Halle-Neustadt
Vorlage: IV/2006/05539**

Seit November 2005 wird in den Medien immer wieder berichtet, dass der Bahnhof Halle-Neustadt, Albert-Einstein-Straße 41, nunmehr ein „Zentrum für zeitgenössische Kultur“ sei. In der Ausgabe 3, November 2005, ist im Info-Blatt „Halle-Neustadt – Informationen zu Projekten im Urban 21-Gebiet“ zu lesen: „Mit dem Umbau des Bahnhofs zum „Zentrum für zeitgenössische Kultur“ soll in Neustadt in zentraler Lage ein Ort kultureller Vielfalt entstehen, der dem Stadtteil ein Alleinstellungsmerkmal von überregionaler Bedeutung verschafft, seine Identität stärkt und neue Anstöße für den Stadtteil sowie für ganz Halle generiert“.

Viele Neustädter sind doch überrascht, dass dieses ruinöse Gebäude so plötzlich eine solche Aufwertung erfährt.

Ich frage die Verwaltung:

- 1. In welchem Maße ist die Stadtverwaltung in das Projekt „Zentrum für zeitgenössische Kultur“ eingebunden?**
- 2. Ist nachträglich der Bahnhof Halle-Neustadt in die Landesinitiative Urban 21 – Handlungskonzept für den Stadtteil Neustadt – aufgenommen worden?**
- 3. Ist eine Sanierung und Betreibung des Bahnhofes Halle-Neustadt durch die Stadt Halle (Saale) vorgesehen?**
- 4. Welche Sanierungs- und Betreibungskosten würden bei einer Realisierung dieses Projektes anfallen?**
- 5. Gibt es ggf. Überlegungen, die Ergebnisse des Planspieles „Ohne Jugend ist kein Staat zu machen - Jugendstadtrat Halle (Saale) - in eine mögliche Nutzung des Bahnhofes Halle-Neustadt einfließen zu lassen?**

Antwort der Verwaltung:

1. Die Stadtverwaltung unterstützt Initiativen und Vereine, deren Vorhaben für die Stadtentwicklung positive Wirkung haben. Im Falle des Neustädter Bahnhofs ist die Stadtverwaltung bestrebt, das Gebäude aus städtebaulichen Gründen zu erhalten. Durch einen von der Bahn in Erwägung gezogenen Abbruch des Gebäudes würde eine städtebaulich sehr schmerzhaft Lücke entstehen. Der Neustädter Platz, der für den räumlichen Zusammenhang des Neustädter Zentrums eine wichtige Funktion hat, würde eine Begrenzung verlieren. Zudem ist der S-Bahnhof ein Ort, der sehr viel über die Entstehungsgeschichte und das Leben in Halle-Neustadt aussagt.
2. Der Neustädter Bahnhof war schon immer Teil der Landesinitiative Urban 21, wenn auch unter anderen Vorzeichen. Im Ursprungskonzept aus dem Jahre 2001 war eine grundhafte Sanierung der beiden Bahnhöfe und des Tunnelbahnhofs als Projekt der Bahn AG enthalten.

3. Eine Sanierung und Betreibung des Bahnhofes Halle-Neustadt durch die Stadt ist aus Gründen der Haushaltssituation bisher nicht vorgesehen.
4. Die Kosten für eine grundlegende und komplette Sanierung betragen ca. 1,6 Mio. €. Über Betreiberkosten kann zurzeit keine Auskunft erteilt werden.
5. Die Stadtverwaltung wird Nutzungsinteressenten, deren Vorhaben im Interesse einer positiven Entwicklung des Stadtteils stehen, unterstützen und steht ggf. als Vermittler zur Verfügung.
Eigene inhaltliche Interessen der Stadtverwaltung richten sich auf den Erhalt des Gebäudes, der Nutzung selber steht die Stadtverwaltung sehr offen gegenüber. Die Initiatoren des Zfzk e.V. i.G. wurden von allen Jugendparteien aufgesucht. Die Ergebnisse des Planspiels sind den Initiatoren somit gut bekannt und anerkannt. Insbesondere sind dies Vorschläge im Bereich der Jugend(alltags)-kultur. Vorschläge, wie die Ansiedlung einer Gastronomie, die das Vorhaben wirtschaftlich stützen kann, liegen durchaus im Interesse der Initiatoren.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde ohne Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.5 Anfrage der CDU-Fraktion zur Kegelsportanlage "Paradies"
Vorlage: IV/2006/05555**

Im Dezember 2005 musste die Kegelsportanlage „Paradies“ aus Sicherheitsgründen geschlossen werden und es wurden notwendige Untersuchungen für den Monat Januar angekündigt.

Wettkampfgerechte Kegelsportanlagen sind in Halle vergleichsweise rar, und die Schließung des „Paradies“ trifft einige Vereine sehr hart; adäquate Ausweichmöglichkeiten stehen offenbar nicht zur Verfügung. Deshalb meine Frage:

Wie sieht die Stadtverwaltung die Perspektiven für die traditionsreiche Kegelsportanlage „Paradies“? Kann der Vereinssport kurz- und langfristig abgesichert werden?

Antwort der Verwaltung:

Die Schließung der Kegelsportstätte „Paradies“ musste zum Zwecke der Gefahrenabwehr am 22. Dezember 2005 nach Eingang eines Gutachtens des Landesamtes für

Verbraucherschutz verfügt werden, in dem der Befall der Gebäudewände mit Schimmelpilzen mit zytotoxischer Wirkung ausgewiesen wird.

Mit dem Ziel der Wiederherstellung der Nutzungsfähigkeit dieser für den Kegelsport der Stadt Halle (Saale) wichtigen Sporteinrichtung hat die Verwaltung unverzüglich eine gutachterliche Bewertung des Schadensbildes veranlasst, auf deren Grundlage derzeit die erforderlichen baulichen Maßnahmen sowie die daraus zu erwartenden Kosten ermittelt werden.

Nach ersten unverbindlichen Aussagen der beauftragten Unternehmen werden Sanierungsmaßnahmen im größeren Umfang anfallen und einige Monate in Anspruch nehmen. Die finanzielle Deckung kann erst nach Vorlage des Leistungsverzeichnisses geprüft werden.

Der Kreisfachverband Kegeln ist in diesen Prozess eingebunden.

Zwischenzeitliche Ausweichobjekte können den Vereinen von der Stadt nicht angeboten werden, da sich keine weitere Kegelsporteinrichtung in städtischer Verwaltung befindet. Nach Information des Kreisfachverbandes gibt es von den im Paradies stationierten Kegelvereinen Kontakte zu halleschen und umliegenden Vereinen mit eigenen Kegelbahnen bezüglich der Mitnutzung dieser Objekte.

Der Sportausschuss des Stadtrates hat sich in seiner Sitzung am 10. Januar 2006 mehrheitlich für die Schadensbehebung und zeitnahe Wiedereröffnung der Kegelsportstätte „Paradies“ ausgesprochen.

Eberhard Doege
Beigeordneter

Wortprotokoll:

Frau **Dr. Haerting**, WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, bat um ergänzende Beantwortung, wie es weitergehen soll mit den Kosten zur Sanierung.

Herr **Doege**, Beigeordneter, für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, informierte, dass der Sanierungsbedarf erst einmal geprüft werde mit den Mitteln, die die Verwaltung habe. Der Rat werde beteiligt, da dies noch in die Vergabe müsse. Über diesen Stand werde dann der Sportausschuss unterrichtet. Der Rat wird hier über seine zuständigen Ausschüsse mit einbezogen. Wie der Sanierungsbedarf ist, könne er nicht sagen, dies wird zurzeit noch bearbeitet.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.6 Anfrage der CDU-Fraktion zur Verwendung der Kennzahlen aus dem Städtevergleich
Vorlage: IV/2006/05556**

Zumindest für die Jahre 2002 und 2003 liegt uns ein Städtevergleich der ostdeutschen Großstädte bzgl. einiger wichtiger haushaltsrelevanter Kennzahlen vor, welcher Angaben für die Jahre seit 1999 enthält. Daraus geht hervor, dass Halle in einigen Punkten ganz ordentlich, in anderen aber ziemlich schlecht dasteht.

Im Prinzip können diese Kennzahlen für ein klassisches Benchmarking genutzt werden, uns ist aber nicht bekannt, dass dies auch tatsächlich geschieht. Vor diesem Hintergrund ergeben sich für uns zwei Fragen:

Wie schätzt die Stadtverwaltung die Verlässlichkeit der Angaben dieses Städtevergleichs und deren Verwertbarkeit in einem Benchmarkvergleich ein?

Wie werden die Erkenntnisse aus dem Städtevergleich durch die Stadtverwaltung verwertet?

Antwort der Verwaltung:

Zu 1.

Der uns vorliegende Finanzvergleich ostdeutscher Großstädte wurde durch die Regionale Arbeitsgemeinschaft Ost des Verbandes Deutscher Städtestatistiker veröffentlicht.

Ein Vorteil ist die zeitnahe Erstellung und Bekanntgabe dieser Statistik, welche schon im Jahr 2005 Zahlen für das Jahr 2004 ausweist.

Da sich dieser Finanzvergleich auf ostdeutsche Großstädte bezieht, ist dieser umso interessanter für die Verwaltung, da alle in dem Vergleich aufgeführten Kommunen die gleichen oder ähnliche Probleme wie die Stadt Halle zu bewältigen haben.

Diese Statistik wurde auf reellen Basiswerten der Jahre 1999 – 2004 durch die Kämmereien und Statistikämter der beteiligten Städte erstellt. Aus diesem Grund werden diese Kennzahlen durch die Stadtverwaltung als realistisch eingeschätzt.

Des Weiteren ist auf Basis dieser Finanzstatistik ein Vergleich mit westdeutschen Kommunen möglich, da die Datenerhebung auf Grundlage des einheitlichen Erhebungsbogens des Deutschen Städtetages beruht.

Zu 2.

Die Kennzahlen aus der Statistik werden z. B. zur Erarbeitung und Erstellung von Fachkonzepten verwandt. Sie bilden dort eine reelle Bemessungs- und Vergleichsgrundlage. Des Weiteren werden solche Kennzahlen genutzt, um weitere finanzielle Spielräume in der Stadtverwaltung gegenüber anderen Kommunen auszuloten.

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin

Die Antwort der Verwaltung wurde ohne Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.7 Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - bezüglich des Gutachtens über Graf Luckner
Vorlage: IV/2006/05546**

Dem Stadtrat wurde im Dezember ein Gutachten zur Person des Grafen Luckner übergeben. Beim Durchlesen dieses Gutachtens sind mir einige Fragen gekommen, um deren Beantwortung ich bitte.

- 1. Mit welcher Begründung wurde Graf Luckner Ehrenbürger von San Francisco?**
- 2. Welche Stellung hatte ein „Sonderehrengericht des Führers“ im Rechtssystem des Dritten Reiches und welche Urteile hat es sonst gefällt?**
- 3. Welche „Seiten“ haben Vorwürfe wegen sexueller Verfehlungen gegen Graf Luckner erhoben?**
- 4. Wurde gegen Graf Luckner wegen sexueller Verfehlungen eine Klage vor einem ordentlichen deutschen Gericht erhoben? Wenn ja, wie hieß der Staatsanwalt und wie waren dessen Beziehungen zum NS-Regime?**
- 5. Wer waren die Mitglieder des NS-Ehrengerichts, wie war deren Stellung im NS-Regime und welche Tätigkeit ist für die NS-Zeit belegt?**

Antwort der Verwaltung:

Für das den Stadträtinnen und Stadträten vorliegende Gutachten zur Person Felix Graf von Luckner wurden der Stadt von den damit befassten Historikern keine Kosten in Rechnung gestellt.

Aus diesem Grund wurde darauf verzichtet, von ihnen eine weitere schriftliche Ausarbeitung zu erbitten.

Zur Behandlung des Antrags der FDP zur Ehrung des Grafen von Luckner im öffentlichen Raum der Stadt Halle (Saale) im Kulturausschuss am 8.2.2006 werden auch beide Gutachter eingeladen. Sie haben zugesichert, für Fragen, die sich aus der Untersuchung ergeben, zur Verfügung zu stehen.

Ein Teil der Fragen konnten ohne größeren Rechercheaufwand beantwortet werden, da im Stadtarchiv die Prozessunterlagen des Sonderehrengerichts in Sachen Luckner als Kopie der Originalakten des Bundesgerichts vorliegen.

1. Diese Frage kann durch das Stadtarchiv nicht ohne aufwendige und damit auch kostenintensive Recherchen beantwortet werden.
2. Das sogenannte »Sonderehrengericht des Führers« stand außerhalb des ordentlichen Gerichtssystems. Der Fall des Grafen von Luckner wurde nahe an der Gerichtsbarkeit des Militärs geführt, aber – nach unserem Kenntnisstand – ausdrücklich nicht als ein Militärstrafverfahren angesehen.
3. Graf Luckner wurde vorgeworfen »Blutschande mit seiner leiblichen Tochter aus erster Ehe« begangen zu haben. Darüber hinaus ging es um das Vergehen »in unsittlicher Weise an der 8-jährigen Tochter seines Freundes, des Notars Dr. Kist in Hannover, ...und ähnliches mit der anderen, 12-jährigen Tochter Kists, versucht zu haben«. (Schreiben vom 8.07.1939). Die Ermittlungen des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei haben lt. Angabe des Verhandlungsleiters Dr. Lehmann (Schreiben vom 8.07.1939) »die Beschuldigungen zu 1. [Logenzugehörigkeit] und 3. [Blutschande und Vergehen an Minderjährigen] in vollem Umfange bestätigt«.

4. Nein.
5. Mitglieder des Sonderehrengerichts, welches nach einem Führererlaß vom 5. Juli 1939 einberufen wurde:
 - Ministerialdirektor Dr. Rudolf Lehmann (Leiter der Rechtsabteilung beim [OKW](#) und [deutscher](#) Generaloberstabsrichter) als Verhandlungsleiter;
 - SA-Obergruppenführer Dietrich von Jagow, SA-Gruppe Berlin-Brandenburg, als Beisitzer;
 - SS-Brigadeführer Franz Breithaupt, Leiter des Hauptamtes SS-Gericht, als Beisitzer;
 - Kapitän zur See Hans Mirow, beim Oberkommando der Kriegsmarine, als Beisitzer;
 - Oberlandesgerichtsrat Knop, Oberstes Parteigericht der NSdAP, als Beisitzer;
 - Dr. Alexander Kraell, Reichskriegsanwalt, als Ermittlungsführer und Vertreter der Anklage.

Dr. habil. Hans-Jochen Marquardt
Beigeordneter für Kultur und Bildung

Die Antwort der Verwaltung wurde ohne Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.8 Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - bezüglich der
Situation Hermes-Areal
Vorlage: IV/2006/05547**

Seit meiner Anfrage zum HERMES-Areal habe ich nichts mehr über die weitere Entwicklung gehört. Deshalb frage ich:

Was hat die Verwaltung seit meiner Anfrage unternommen, um die Investition auf dem HERMES-Areal zu ermöglichen? Welche Gespräche gab es mit dem Investor bzw. Landesverwaltungsamt und vorgesetztem Ministerium über das weitere Vorgehen (Datum, Teilnehmer, Ergebnis)? Wird der Klageweg weiter beschritten oder soll das Genehmigungsverfahren neu aufgelegt werden? Ist die Begründung der Klage mittlerweile fertig gestellt und eingereicht worden? Welche Zeitplanung besteht seitens der Verwaltung?

verschoben auf Februar 2006

**zu 8.9 Anfrage der Stadträtin Dr. Gesine Haerting - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Besetzung von Personalstellen im FB Grünflächen
Vorlage: IV/2006/05552**

Der Imagewandel unserer Stadt von der „Diva in . . . “ zu einer grünen Stadt mit steigender Wohnzufriedenheit ihrer Bürgerinnen und Bürger ist auch dem Engagement und der Fachkunde des Fachbereichs Grünflächen (ehemals Grünflächenamt) der Stadtverwaltung zu verdanken.

Ende 2002 schied der damalige Leiter des FB Grünflächen aus Altersgründen aus. Daraufhin übernahm die Leiterin der Abteilung Grünanlagen die Leitung des Fachbereiches als amtierende Leiterin, bis die Stelle mit einem Juristen und damit fachfremd besetzt wurde. Nun wird die Fachbereichsleiterstelle ab 01.02.2006 wieder frei und die dann möglicherweise erneut als Fachbereichsleiterin amtierende Abteilungsleiterin scheidet am 28.02.2006 aus dem Berufsleben aus. Ebenfalls am 28.02.2006 verlässt der Abteilungsleiter Friedhöfe den Fachbereich aus Altersgründen.

Ich frage die Stadtverwaltung:

- 1. Wann und mit welchem fachlichen Profil wird die Fachbereichsleiterstelle wieder regulär besetzt?**
- 2. Wie soll die Besetzung der ab März 2006 vakanten Abteilungsleiterstellen erfolgen?**

Antwort der Verwaltung:

zu 1. Wann und mit welchem fachlichen Profil wird die Fachbereichsleiterstelle wieder regulär besetzt?

Die Stelle des Fachbereichsleiters wird schnellstmöglich zunächst verwaltungsintern mit einem der Stellenbeschreibung entsprechenden fachlichen Profil ausgeschrieben.

zu 2. Wie soll die Besetzung der ab März 2006 vakanten Abteilungsleiterstellen erfolgen?

Die Ressortleiterstellen Friedhöfe und Grünfläche wurden verwaltungsintern ausgeschrieben und für beide Positionen ein Bewerberauswahlverfahren durchgeführt.

Das Auswahlverfahren Ressortleiter Friedhöfe konnte erfolgreich abgeschlossen werden und die Stelle wird zum 01.03.2006 mit einer internen Bewerberin nach besetzt.

Im Ergebnis des Auswahlverfahrens Ressortleiter Grünfläche musste festgestellt werden, dass keiner der Bewerber überzeugte, so dass der Geschäftsbereich einen Antrag auf externe Stellenausschreibung an die Oberbürgermeisterin stellen wird.

Egbert Geier
Beigeordneter
Zentraler Service

Wortprotokoll:

Frau **Dr. Haerting**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, fragte, warum die Ausschreibung der Stelle des Fachbereichsleiters Grünfläche bisher nicht erfolgte.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, dass erst im Dezember bestätigt wurde, dass der jetzige Fachbereichsleiter nicht mehr bei der Stadt arbeiten wolle.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.10 Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- zur Erhebung der Zweitwohnungssteuer in Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/05544**

Mit Beschluss des Stadtrates vom 25.06.2003 hat der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) die Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer im Gebiet der Stadt Halle (Saale) beschlossen.

Inzwischen hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die Erhebung einer Zweitwohnsitzsteuer für eine aus beruflichen Gründen gehaltene Wohnung eines nicht dauernd getrennt lebenden Verheirateten, dessen eheliche Wohnung sich in einer anderen Gemeinde befindet, nicht verfassungsgemäß ist. (BVerfG, 1 BvR 1232/00 vom 11.10.2005)
Ich frage:

- 1. Wann erfolgt eine Anpassung der städtischen Satzung an die von der Rechtssprechung gemachten Vorgaben?**
- 2. Wie viele Einwohner sind in Halle von den Änderungen betroffen, mit welchen finanziellen Einbußen für den städtischen Haushalt ist zu rechnen?**
- 3. In der Stadt Magdeburg sollen nunmehr aufgrund gemachter Erfahrungen Gartenlauben in Kleingartenanlagen im Sinne des Bundeskleingartengesetzes von der Zweitwohnsitzbesteuerung ausgenommen und die Altersgrenze für die Steuerpflicht von 16 auf 18 Jahre angehoben werden. Wie beurteilt die Stadtverwaltung die vorgesehenen Änderungen mit Blick auf die Situation in Halle (Saale)?**

Antwort der Verwaltung:

zu 1. Wann erfolgt eine Anpassung der städtischen Satzung an die von der Rechtssprechung gemachten Vorgaben?

Die Stadtverwaltung Halle (Saale) hat unmittelbar nach der Pressemitteilung vom 10. November 2005 die Steuerpflichtigen, die Widerspruch eingelegt bzw. entsprechende Anfragen gestellt haben, durch einen Zwischenbescheid darüber informiert, dass das Urteil über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer auf die Innehabung einer aus beruflichen Gründen gehaltenen Wohnung eines nicht dauernd getrennt lebenden Verheirateten, dessen eheliche Wohnung sich in einer anderen Gemeinde befindet, entsprechend geprüft wird. Die bisherige Satzung über die Erhebung der Zweitwohnungssteuer muss auf Grund neuerlicher Rechtsprechungen generell geheilt und dem Stadtrat als Beschluss zeitnah vorgelegt werden.

zu 2. Wie viele Einwohner sind in Halle von den Änderungen betroffen, mit welchen finanziellen Einbußen für den städtischen Haushalt ist zu rechnen?

Nach derzeitiger Aktenlage liegen 85 Anträge (Stand: 12.01.2006) vor. Eine konkrete Zahl, wie viele Steuerpflichtige von dem Urteil noch betroffen sind, kann erst nach den Rückläufen der Befragungen (Mitte Februar 2006) benannt werden.

Laut Aktenlage waren bisher der Status des Familienstandes und der Grund des Aufenthaltes in der Stadt Halle (Saale) zur Erhebung der Zweitwohnungssteuer irrelevant.

Die Stadtverwaltung Halle (Saale) wird demzufolge alle Steuerpflichtigen mittels Fragebogen auffordern, die Ergänzungen zum Familienstand und zur beruflichen Tätigkeit beizubringen. Das Formular hierzu liegt bereits vor.

Ausgehend von den bereits vorliegenden Anträgen, ist ab dem Steuerjahr 2006 mit einer Minderung in Höhe von 23.662,26 Euro zu rechnen.

Die Frage, inwieweit Rückerstattungen bei bereits bestandskräftigen Bescheiden vorgenommen werden müssen, wird derzeit rechtlich geprüft.

Zu 3. In der Stadt Magdeburg sollen nunmehr aufgrund gemachter Erfahrungen Gartenlauben in Kleingartenanlagen im Sinne des Bundeskleingartengesetzes von der Zweitwohnsitzbesteuerung ausgenommen und die Altersgrenze für die Steuerpflicht von 16 auf 18 Jahren angehoben werden.

Wie beurteilt die Stadtverwaltung die vorgesehenen Änderungen mit Blick auf die Situation in Halle (Saale)?

Die Zweitwohnungssteuersatzung der Stadt Halle (Saale), die der Stadtrat am 25.06.2003 beschlossen hat, enthält diese Besteuerung, wie es in Magdeburg inhaltlich angewendet wird, nicht.

Das Bundeskleingartengesetz sagt aus, dass das Wohnen in einer Gartenlaube nicht gestattet ist.

Somit können Gartenlauben nicht als Zweitwohnung im Sinne unserer Satzung besteuert werden (melderechtlicher Begriff).

Unsere Rechtsauffassung wurde mit der Einführung der Zweitwohnungssteuer dahingehend vertreten, dass eine Besteuerung bei Personen unter 18 Jahren generell nicht anwendbar ist. Personen unter 18 Jahren wurden und werden demzufolge nicht zur Steuerpflicht herangezogen.

Geier
Beigeordneter
Zentraler Service

Wortprotokoll

Herr **Wehrich**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, fragte was „zeitnah“ bedeute, obwohl die Rechtslage seit Monaten eindeutig sei.

Herr **Geier**, Beigeordneter Zentraler Service, antwortete, dass die früheste Zeit war, im Dezember zu reagieren. Dies sei leider nicht passiert. Der Rat wird dies vielleicht in der Februar-Sitzung zur Diskussion bekommen.

Herr **Wehrich** fragte weiterhin nach dem Urteil des Verwaltungsgerichtes.

Herr **Geier** schlug vor, dies nachzureichen.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.11 Anfrage der Stadträtin Dr. Gesine Haerting - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zum fehlenden Radstreifen in der Raffineriestraße
Vorlage: IV/2006/05549**

Im Zuge von Arbeiten an der Raffineriestraße (Abschnitt Merseburger Straße bis zur Straße Alter Thüringer Bahnhof) wurde der stadtauswärts führende einseitige Radstreifen ersatzlos entfernt.

Ich frage die Stadtverwaltung:

- 1. Wurde der Stadtrat über diese Maßnahme informiert?**
- 2. Welche Gründe rechtfertigen die Abschaffung des Radstreifens?**
- 3. Warum wurde im Zuge der Baumaßnahmen nicht gleich ein Radweg mit hergestellt? (Es hätte der bisher üblichen Praxis entsprochen, zugleich mit ohnehin anstehenden Straßenbaumaßnahmen neue Radwege anzulegen.)**
- 4. Wie wertet die Stadtverwaltung die Maßnahme im Hinblick auf die Ziele der im Jahr 1995 vom Stadtrat beschlossenen Radverkehrskonzeption?**

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Gemäß der Zuständigkeit des Vergabeausschusses wurde der Baubeschluss zur Kostenbeteiligung bei der Realisierung des Straßenausbaus Raffineriestraße vom Ende Kreuzung Thüringer Straße/Raffineriestraße bis Ende Grundstück Zuckerraffinerie/Park Thüringer Bahnhof in die Sitzung am 28.04.2005 eingebracht. Der Maßnahme wurde mehrheitlich zugestimmt.

zu 2. und 3.

Vor der Sanierung der westlichen Raffineriestraße gab es einen nur 1 m breiten abmarkierten Schutzstreifen für Radfahrer.

Mit der Novellierung der StVO 2001 wurden Mindest- und Regelbreiten für Radfahranlagen eingeführt, so dass der schmale Radfahrstreifen den rechtlichen Anforderungen nicht mehr genügte.

Die ursprüngliche Planung zur grundhaften Sanierung der Raffineriestraße sah den Umbau des Querschnittes und dabei den Bau beidseitiger Radwege vor. Aus finanziellen Gründen konnte der grundhafte Ausbau der Raffineriestraße nicht erfolgen. Nach der Realisierung der Bauarbeiten der Halleschen Wasser- und Abwasser GmbH, Neubau Entwässerungssammler, wurde die Fahrbahn der Raffineriestraße im benannten Abschnitt zwischen Merseburger Straße und Alter Thüringer Bahnhof aus Kostengründen lediglich instand gesetzt, um die Verkehrssicherheit der stark frequentierten Straße wieder herzustellen. Der vorhandene vereinfachte Ausbauquerschnitt mit 7,50 m Fahrbahnbreite und je 2 bis 2,50 m breiten Nebenanlagen wurde dabei beibehalten.

Nach aktuellen Untersuchungen wurde nunmehr festgestellt, dass die beidseitig 2,50 m breiten Gehbahnen auf Grund des geringen Fußgängerverkehrs geeignet sind, den

Radverkehr in beiden Richtungen verkehrssicher aufzunehmen (kombinierter Rad- und Gehweg). Erforderliche Bordabsenkungen sind bereits vorhanden. Eine entsprechende Beschilderung wird in Kürze vorgenommen.

zu 4.

Mit der Einrichtung des kombinierten Geh- und Radweges in der Raffineriestraße wird den Zielen der Radverkehrskonzeption entsprochen.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Wortprotokoll:

Frau **Dr. Haerting**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, wies darauf hin, dass es einen gemeinsamen Fuß- und Radweg geben wird. Sie finde es sehr bedauerlich, dass beim Bau der Straße nicht bedacht worden sei, diese schmaler zu bauen, damit der Fahrrad- bzw. Fußweg hätte breiter ausfallen können.

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, führte aus, dass sich dies seiner Kenntnis entziehe. Er werde aber Herrn Dr. Pohlack darüber informieren. Wies aber darauf hin, dass es sich hier um eine Bundesstraße handle, die evtl. andere Breite vorgeschrieben bekommt.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen

zu 9 mündliche Anfragen von Stadträten

Wortprotokoll:

Frau **Ewert**, Fraktion der SPD, sprach die Müllecke am Eingang des Stadthauses an.

Herr **Doege**, Beigeordneter, für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, bezog sich auf die Antwort von Frau Oberbürgermeisterin Häußler in der Einwohnerfragestunde. Er werde sich der Sache annehmen.

Frau **Tannenberg**, Fraktion Die Linkspartei. PDS, fragte nach den Gründen, warum die Jahresabschlussrechnung 2004 den Rechnungsprüfungsausschuss wieder nicht erreicht habe und wann damit zu rechnen sei.

Weiterhin monierte sie, dass während der Versorgung in den Pausen im Foyer geraucht werde und bat, die Versorgung in einem anderen Raum unterzubringen.

Betreffend der Kinderfreundlichkeit in den Gaststätten beanstandete sie, dass dort geraucht werde.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** brachte zum Ausdruck, dass ihrer Meinung nach alle Jahresschlussrechnungen an den RPA gegangen wären. Sie würde sich mit Herrn Kloppe diesbezüglich in Verbindung setzen.

Auf die Versorgung im Foyer angesprochen, informierte sie, dass dies ein Versuch war.

Das Büro des Stadthauses könne nicht arbeiten, wenn dort eine Essensversorgung stattfinde. Über eine optimale Gestaltung werde nachgedacht.

Frau **Haupt**, Fraktion Die Linkspartei. PDS, bezog sich auf eine Anfrage der Stadtratssitzung im Monat Juni letzten Jahres betreffend Umstruktuirungskonzepte, hier speziell Silberhöhe, die Ende des Jahres abgeschlossen sein sollten. Gibt es Veränderungen, die demnächst in den Stadtrat kommen?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** informierte, dass auf der Tagesordnung des Lenkungsausschusses „wohnungswirtschaftliche Plattform“ in der nächsten Woche das überarbeitete Neuordnungskonzept Heide-Nord stehe. Hier gäbe es Differenzen. Von den anderen Konzepten habe sie bisher nichts gehört, gehe aber davon aus, dass diese relativ weit seien. Sie werde die Fraktionen nach dem Lenkungsausschuss schriftlich über den Stand informieren.

Frau **Prof. Vent**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, bat darum, da die Baumaßnahme DELL zügig voran gehe, dies auf die Tagesordnung des Gestaltungsbeirates mit aufzunehmen.

Herr **Scholze**, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, fragte nach den Hintergründen der Vorwürfe aus der Mitteldeutschen Zeitung betreffend des doppelten Vorhandenseins von Arbeitsverträgen bei einer Person. Herr Dr. Marquardt hätte zugesichert, dass bereits dazu Gespräche waren und erste Ergebnisse heute in der Stadtratssitzung mitgeteilt werden sollten. Er wäre sehr an einer Klarheit interessiert.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** informierte, dass Herr Kloppe mit der Untersuchung der Vorgänge beauftragt sei und einen Bericht bis Ende Januar vorlegen werde. Danach würde sie berichten.

Herr **Misch**, Fraktion der CDU, bat um Mitteilung zum Stand der Torgauer Urnen. Welche Vorbehalte werden gegen den Text, auf den man sich geeinigt habe, vorgebracht? Er sei der Meinung, dass man sich den Vorwürfen mutig entgegenstellen sollte.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** informierte, dass ein Text verabschiedet worden sei. Bis zum 10. Januar war die Gelegenheit, sich dazu zu äußern. Problem sei, dass der Vorsitzende des Zentralrates der Juden, Herr Dr. Fischer, mit dem Text nicht einverstanden sei. Aus diesem Grund wird Herr Dr. Fischer zu einer Abschlussberatung am 16. Februar 2006, 19.00 Uhr, eingeladen.

Frau **Wolff**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, informierte, dass es Nachfragen der Garageninitiativen in der Fraktion gab. Sie machte den Vorschlag, eine Arbeitsgruppe zu bilden, um die noch offenen Probleme lösen zu können.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, sie könne das im Moment nicht entscheiden und würde es mit in die Beigeordnetenkonferenz nehmen.

Herr **Wehrich**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, fragte nach dem aktuellen Stand Stadtsingechor.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erörterte, dass es einen Vertrag mit dem derzeitigen Leiter bis Ende des Schuljahres, d. h. Ende August, gibt. Weiterhin gibt es Gespräche mit zwei anderen Bewerbern. Man ist dabei abzuklären, um die Gesamtsituation zu verbessern.

Herr **Wehrich**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, fragte zu welchen Terminen im Rahmen des Stadtjubiläums die Anwesenheit der Stadträte erwünscht sei.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler informierte, dass von Seiten der Verwaltung eine Terminliste diesbezüglich angefertigt worden sei, zu welchen Veranstaltungen sie und die Beigeordneten vertreten sein müssten. Diese Liste werde sie den Fraktionen zustellen.

Herr **Bartl**, Vorsitzender des Stadtrates, gab zur Kenntnis, dass die Partnerstädte nach der nächsten Stadtratssitzung im Februar ein Abschiedsabend der Stadt und des Stadtrates sein wird. Er informierte über die Kosten, welche auf jeden zukommen würden.

Herr **Godenrath**, Fraktion der CDU, monierte, dass die sachkundigen Einwohner über die Haushaltsberatungen nicht genügend Informationsmaterial erhalten.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte, dass dies künftig beachtet werde.

Weitere Anfragen gab es nicht.

zu 10 **Mitteilungen**

Wortprotokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** informierte, dass im Finanzausschuss über die weitere Abwicklung zum Haushalt beraten wurde. Die Ablösung des Altdefizits müsse mit einem Konzept unterlegt werden. Der Beteiligungsbericht würde auch erst am 10. März 2006 vorliegen, so dass es zur Beschlussfassung voraussichtlich erst im April kommen wird. Im Juni könnte dann die Antwort der Kommunalaufsicht vorliegen und somit könnten in der Stadtratssitzung des Monats Juli evtl. Auflagen beschlossen werden, so dass vor der Sommerpause evtl. der Haushalt bestätigt werden könnte.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

zu 11 **Anträge auf Akteneinsicht**

Wortprotokoll:

Herr **Bartl**, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass die Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, Akteneinsicht in den Standort Halle/Lochau in Bezug auf Vertragsunterlagen der Stadt Halle zur Errichtung und Betreibung der Restabfallbehandlungsanlage nehmen möchte.

Dem wurde **zugestimmt**.

Weitere Anträge lagen nicht vor.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die 18. öffentliche Tagung des Stadtrates.

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates
der Stadt Halle (Saale)

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin
der Stadt Halle (Saale)

Kraft
Protokollführerin